

Ueber den militaristischen Bureaualtismus äußert sich der Offizier folgendermaßen:

„Das Schreibwesen in der Armee ist veraltet und in jedem Teppentel verschieden; außerdem vielfach Selbstzweck geworden. Schreiber aller Kategorien oder Rangstufen stehen in hohem Ansehen, während das nach Arbeit, Anstrengung und Leistungen dem Frontsoldaten zustünde.“

Ganz und gar legerlich ist das, was der „Deutsche Offizier“ über den Paradebetrieb, das „heiligste, wo die deutsche Armee hat“, sagt:

„Auch die Armee opfert dem Gözen des Scheins. Ein dargebrachtes Opfer ist der übertriebene Paradebetrieb, der leidende Teil ist der Opfernde... Mit aller Entschiedenheit ist gegen folgende zwei Paradebetriebliche Stellung zu nehmen:

Der Paradebetrieb in Regimentskolonne muß fallen. — Wer weiß, wie es in dieser Kolonne dabei wirklich aussieht und aussehen muß, da dieser Vormarsch geordnet eine mathematische Unmöglichkeit ist, nämlich über die erzielte Täuschung des Publikums und dessen, der sonst betrogen sein will.

Der Paradebetrieb in Linie in Kompagniefrente muß verschwinden. Dieser ist der Stolz der deutschen Armee, und doch müßten viele darauf hinzuweisen sein, daß dieser Glanz der Vortrefflichkeit von der Garde des Kaisers Nikolaus noch übertroffen wurde, das war — *ostigia terrent* (das Beispiel schreckt) — zur Zeit des Krimkrieges.

Auch dieser Paradebetrieb ist eine mathematische Unmöglichkeit... Schon damals (vor 1885) war der Paradebetrieb mit Gewehr über gefährlich, jetzt ist er der Weinherrlicher Fort mit diesem schädlichen Blendling!

Noch größere Sünden gegen den heiligen Kasernengeist begeht der „Deutsche Offizier“ mit seiner Kritik dessen, was er Exerziermanie nennt. Er sagt da u. a.:

„Dem Exerzierdienst sind bei allen Waffen, am meisten bei der Infanterie, Pelotonen von Offizieren gebracht worden. Man kann sagen, das Exerzieren ist der Koller des Friedenssoldaten. Unzählige wurden von ihm befallen.“

Und nun rückt er mit neun Reformvorschlägen an, von denen nur einige hier herausgegriffen werden sollen. Er sagt:

„Es müssen fallen:

1. Das Präsentieren des Gewehrs. — Es kostet, mit Stellungsnachsehen, jeder deutsche Soldat wird verlesen, etwa 1 1/2 — 2 1/2 Monate in 2 Jahren. — Das Gewehr ist zum Schießen da! Die Ehrenbezeugung sei fortan: „Augen rechts“ beziehungsweise „links“.

Allen Kommissare werden sich ob dieser Reiterei die Haare sträuben. In der Sache hat der „Deutsche Offizier“ vollkommen recht.

2. Der Sondergriff der Garde, welcher, aus dem 18. Jahrhundert wieder erweckt, bei derselben spulend umgeht. — Dieser Griff ist sehr schwierig und wird nur selten gut ausfallen. Dieser hätte nie wieder eingeführt werden dürfen, wenigstens nicht bei Truppen, welche ins Feld rücken sollen.“

Der loyale „Deutsche Offizier“ vergißt hierbei, daß seine Respektlosigkeit sich gegen einen Akt der allerhöchsten Kommandogewalt richtet, die diesen Spul aus der Popszeit im 20. Jahrhundert wieder lebendig machte.

Das 9. Anathema des „Deutschen Offizier“ richtet sich ebenfalls gegen eine geheiligte Tradition des Exerzierplatzes, gegen den

Warsch mit durchgedrückten Knien und übertrieben herabgesetzten Fußspitzen. (Strengstes Verbot nötig.)

Zur Zeit seiner Einführung war er ein sehr praktisches Mittel. Die preussischen Uebertreibungen nötigen jeden fremden Soldaten, der sie zum erstenmal sah, ein Schütteln des Kopfes ab. Tausendmal sind die preussischen Offiziere besonders „aufbauender“ Truppen von Fremden gefragt worden: „Mein Gott, ich verstehe nicht, sollen die Antipoden herabfallen, Sie haben Ihre Feinde doch hier in Europa?“

Was in der Armee noch gefehlt, um den Donnerhall preussischer Tritte zu verschärfen, darüber sei der Mantel der Liebe gebreitet.

Der straffe Warsch fördert nicht die Disziplin, wer hätte wohl musterhaft marschierende Truppen gesehen, welche keine gute Disziplin hatten, und umgekehrt?

Weiter verlangt der „Deutsche Offizier“ die Beseitigung des Exerzierens im Umherziehen. (Schießschießerei auf dem Exerzierplatz.) — Sinn- und zwecklos wanderte, trabte, galoppierte, zog und fuhr die Truppe, bald mit li — — — Is, bald mit rechts, da schwenkend, dort einschwenkend, tritt lassend, ohne Tritt, beziehungsweise deutsch oder englisch trabend in großen oder kleinen Pflaster umher.

Gefangweilt, angelangweilt, veranlangweilt, kurz es war eine furchtbare Zeit.

Fort mit den Kunststücken und den Helden der Exerzierplätze. Mit vollem Recht zieht der „Deutsche Offizier“ auch gegen den übertriebenen Anzugspul vom Leder:

„Nach aufgestellten, sorgfältigen Berechnungen können wir in der Dienstzeit von zwei bis drei Jahren allein sechs Wochen bis zwei Monate sparen, wenn alles Blatte, Pughare fortfällt... Wir haben ferner rund 25 Beschäftigungs- und 30 Vorbereitungsstage im Jahre. Da bei der ersten ein vorzüglicher, bei letzterer ein guter Anzug angelegt wird, kann ein Kenner der Armee, der mit den fabelhaften Anzugsvorbereitungen in derselben vertraut ist, nicht, erlauben, wenn die dazu aufgewendete Zeit für Beschäftigungen mit 18—18 Stunden, für Vorbereitungen mit 3—4 Stunden berechnet wird.

Das ist sehr knapp gerechnet. Ein Helm wird z. B. 10—15mal verpaßt, ehe er zur Verfertigung erscheint und genügt selbst dann noch kaum den Anforderungen.“

Auch die Spielleute der Fuhrtruppen will der „Deutsche Offizier“ abschaffen. Die Spielleute sind völlig überflüssig und nach jeder Richtung hin ersetzlich. Die berittenen Waffen haben keine ähnliche Einrichtung.“ Als Ersatz dafür verlangt er eine andere Verwendung der Soboisten.

„Lassen wir künftig den Zibillkapellen die Pflege edelster Musik; etwas nachlassen bei den Militärkapellen an musikalischen Anforderungen, erhöhen wir dafür die militärischen. Bei den berittenen Waffen fehlen die Spielleute, und der Trompeter ist dort der ganze Musiker, der ganze Soldat, der ganze Mann und meist auch dazu ein guter Reiter.“

Ueber die Einjährig-Freiwilligen sagt der „Deutsche Offizier“:

„Die Einrichtung des Einjährigenswesens in seiner jetzigen Form ist eine Ungeheuerlichkeit geworden... Es ist tatsächlich eine Bevorzugung der Reichen und einer ziemlich niedrigen Stufe höherer Schulen geworden.“

Tausende von Gemeinen können und wissen mehr, als manche Einjährige; es ist selten, daß ein Einjähriger wirklich mehr leistet, als ein guter anderer Soldat.“

Sehr lehrerlich klingt auch, was der „Deutsche Offizier“ über die Einschränkung des Wacht- und Ehrendienstes sagt. Sein lokales Herz macht sich u. a. folgendermaßen Luft:

„Der hohen Einsicht und weisen Entscheidung Seiner Majestät wäre das Eingehen des militärischen Sicherheits- und Wachtdienstes vor und in den Schlössern in aller Ehrfurcht vorzubringen. — Ein gleicher Vorschlag könnte allen anderen Souveränen unterbreitet werden.“

Die Residenzgarnisonen, deren Deutschland mehr besitzt als irgend ein anderes Land der Erde, leiden in ihrer Kriegsbrauchbarkeit unter diesem Wacht- und Ehrendienst.“

„Recht interessant ist auch, was der „Deutsche Offizier“ über die Waisenpensionierung von Offizieren sagt, die seit Jahren den Pensionsfonds zu riesiger Höhe anschwellen lassen:

„Machen wir der Farses ein Ende, als ob alle abgehenden Offiziere nicht mehr felddienlich sind; ich hoffe als ganz Eingeweihter seinem Widerspruch bei Facheuten zu begegnen. — Wie es kommt, daß die Militärärzte ein Zeugnis in einem bestimmten Augenblick mit gutem Gewissen ausstellen können, darüber an anderer Stelle.“

Diese Stichproben mögen genügen, um darzutun, daß der legerliche Geist auch in den Reihen unserer Militaristen die geheiligten Traditionen unseres Heeresgebäudes unterminiert. Die sozialdemokratische Kritik wird durch solche Bekenntnisse nur bestätigt, sie liefern uns Waffen in unserem Kampfe um die Kritik, der allerdings nicht allein auf der militärischen, sondern auch auf der politischen Walfahrt entschieden werden muß.

Die Majorität in der Minorität.

Brüssel, 26. Mai. (Fig. Ver.)

Das Phänomen, daß die Regierung zwar über die Majorität der Sitze, aber nicht mehr über die Majorität der Stimmen im Lande verfügt — ein Phänomen, das die berühmten Chinesereien des belgischen Wahlrechtes bestätigt — ist nicht neu.

Schon die Wahlen von 1910, wo die Regierung mit einer geschwächten Majorität von ganzen 6 Stimmen ins Parlament zog, zeigten folgende Situation: Opposition (Sozialisten, Liberale und die Christlichen Demokraten): 1240830 Stimmen. Regierungsklerikale 1194620 Stimmen. Außerdem gab es noch 9000 zweifelhafte Stimmen und 30000 Stimmen von katholischen Dissidenten, die man aber kaum nicht der Regierung zuzählen kann, da diese Wähler doch der Regierung das Vertrauen verweigert und eigene Kandidaten aufgestellt haben. In jedem Fall aber war die Regierung, auch damals in bezug auf die Stimmenzahl beträchtlich in der Minorität.

Die Wahlen vom Sonntag zeigen nun folgendes Bild: Opposition (Liberale, Sozialisten, Demokraten): 755089 Stimmen, Regierungsklerikale: 548405 Stimmen.

Die Opposition hat demnach einen Vorsprung von 206684 Stimmen in den vier von den neun Provinzen, die diesmal zur Wahl standen. Wie anders aber würde sich nach dem Verhältnis gestalten, wenn man statt der Pluralstimmen die Wähler zählte! Man weiß, daß das jeweilige Wahlrecht darauf ist, daß es besonders die ländlichen Wahlbezirke begünstigt, wo die Klerikalen hauptsächlich ihren Anhang haben und die das Hauptkontingent der Pluralwähler stellen. (So haben z. B. die städtischen Teile der Brüsseler Wahlkreise 41 Proz. Pluralstimmen, die ländlichen, wo die Katholiken ihren Anhang haben, 64 Proz. Pluralstimmen.)

Zu sagen ist ferner, daß die Regierungspartei bei einem gerechten Proporz — denn auch dieser ist dem Merkantilismus auf den Leib zugeschnitten worden — bei einer Anzahl von rund 548000 Stimmen nur ein Kurat auf 41 Sitze hätte. Sie hat deren 47! Ihre Kammermajorität betrüge alldamals nur 6 Stimmen und nicht 12.

Den Rückgang des Merkantilismus auf der ganzen Linie kann man am besten aus einem Vergleich mit den Wahlziffern von 1912 erkennen. Die Klerikalen erhielten damals in den entsprechenden vier Provinzen 592920 Stimmen gegen 446405 Stimmen am Sonntag. In knapp der Hälfte des Landes also ein Verlust von 49515 Stimmen. Die Wählerzahl hat sich indes seither vermehrt: die Opposition hat gegen 1912 58886 Stimmen mehr erhalten, die sie den Klerikalen abgenommen hat. Der wirkliche Verlust der Klerikalen Stimmen beträgt also in den vier Provinzen über 58000 Stimmen.

Selbst das Wahlrecht der „vier Insamien“ hält den Zusammenbruch des Merkantilismus nicht mehr auf und ein gesundes Wahlrecht wird seine Scheinmacht vollends hinwegspülen.

Der erste Wahlkampf der Arbeiter.

Budapest, 24. Mai. (Fig. Ver.)

Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm in der Sitzung vom 15. Mai die Ministerialverordnung über die Neuerteilung der Wahlbezirke zur Kenntnis und damit ist das neue Wahlgesetz des Grafen Tisza in allen Stücken fertiggestellt und die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die — spätestens im Mai nächsten Jahres erscheinenden — Neuwahlen auf Grund des neuen Wahlrechts stattfinden werden.

Das ungarische Wahlrecht gehört auch in seiner reformierten Gestalt zu den volksfeindlichsten und reaktionärsten Gesetzen von ganz Europa und kann nicht einmal eine Karikatur des in drei Thronreden des Kaisers Franz Josef versprochenen allgemeinen Wahlrechtes genannt werden. Aber wie jede Graue für den Gott zeugt, den sie entsetzt: so bedeutet auch diese elende Verhöhnung des demokratischen Gedankens einen gewissen Fortschritt dem bisherigen Zustande gegenüber. In 63 städtischen Wahlkreisen wird die geheime Abstimmung eingeführt, und ein Bruchteil der Arbeiterwahl — der größte Teil der des Lebens und Schreibens fähigen über dreißig Jahre alten — bekommt zum ersten Male die Gelegenheit, mit seiner Stimme im Wahlkampf mitzureden zu können.

Der Grad der Entrochtung der Arbeiter kann mit einer Ziffer illustriert werden: Die Zahl der über 24-jährigen Arbeiter in Budapest beträgt 99247, die Zahl der Wahlberechtigten 42000. Die Wucht des proletarischen Angriffes, die in der großen Zahl der Arbeiterstimmen besteht, ist mit dieser Wahlreform gebrochen, aber die Arbeiterklasse wird doch den Versuch machen, in das letzte „sozialistenfreie“ Parlament Europas einzudringen. Ob dieser Versuch glücken wird, steht noch dahin und hängt hauptsächlich davon ab, ob die sozialdemokratischen Organisationen die Verwal-

lungsbeamten zur Einhaltung des Gesetzes zwingen werden können. Denn die nach dem Gesetz wahlberechtigten Arbeiter werden einen jähen Kampf durchzuführen müssen, um ihre Wahlberechtigung auch durchzusetzen.

Die erste Etappe des Wahlkampfes spielt sich jetzt ab: die Prüfungen zur Erlangung eines Zeugnisses über Lesen und Schreiben. Die meisten Behörden haben diese Prüfungen für Wochenende- und Arbeitsstunden anberaumt, um auf diese Weise durch den Lohnverlust die Arbeiter von diesen Prüfungen zurückzuhalten. Es gab auch Ortshofen, wo die Behörde ein persönliches Erscheinen bei der Anmeldung verlangte — also zwei verlorene Tage für die Arbeiter. Da nun seit die Aktion der sozialdemokratischen Partei ein und es gelang ihr, diese unsozialen Bestimmungen rückgängig zu machen und den Minister des Innern zur Erlassung einer Verordnung zu bewegen, welche die Behörden anweist, die Prüfungen künftig für die Abendstunden anzugestatten. Außerdem gelang es uns durchzusetzen, daß die Anmeldungen nicht nur individuell, sondern kollektiv durch unsere Parteisekretariate erfolgen können. Die Durchführung dieser Arbeit war nun die erste größere Aktion der neugegründeten sozialdemokratischen Wahlvereine. In der ersten Rainwoche — es war die rote Woche in Ungarn und brachte mehr als 4000 neue Abonnenten der *Közszó* — wurden in allen Städten, die für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen, die Wahlvereine gegründet. In den 22 Budapest Wahlvereinen meldeten sich zur Agitationsarbeit 5000 Genossen und diese besorgten in der zweiten Rainwoche die Agitation und sammelten die Meldungen für die Prüfungen. Daß diese erste politische Wahlaktion von Erfolg begleitet war, dafür zeugt der Umstand, daß die Zahl der sich selbständig Meldenden in ganz Budapest nicht einmal 1000 betrug, während das sozialdemokratische Parteisekretariat bis zu dem 17. Mai mehr als 30000 Anmeldungen an die Bezirksvorsteher abfertigte. In allen Kreisen der Arbeiterschaft gibt sich ein außerordentlich reges Interesse für alles, was mit dem bevorstehenden Wahlkampf irgendwie zusammenhängt, kund. So wurden aus einer kleinen Werbestiftung des Gen. Joltán Kónai: „Wer besitzt das Wahlrecht“, in einer Woche mehr als 30000 Exemplare verkauft; alle Versammlungen sind sehr gut besucht, überhaupt scheint ein neuer Geist und neue Lust die durch die politische Niederlage und wirtschaftliche Krise niedergedrückte Arbeitermassen zu beleben.

Die bürgerlichen Parteien rechnen schon jetzt überall mit dem Umstand, daß die sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf eingreifen und damit der ganzen Wahlbewegung, die sich bisher unter den einzelnen Fraktionen der bestehenden Klassen abspielte, ein neues Gepräge aufdrücken wird. Sie rechnen alle damit, daß die sozialdemokratische Partei in den nächsten Wahlen in das Abgeordnetenhaus einziehen wird. Als Zeichen dieser Auffassung ist zu betrachten, daß der Forderung unserer Partei, im Zentralauschüsse, der sämtliche administrative Vorbereitung der Wahlen besorgt, und der von den Stadtverwaltungen gewählt wird, eine Vertretung zu besitzen, dieses Jahr zum ersten Male Folge geleistet wurde. Und so wurden in den Zentralauschüssen von Budapest die Genossen Emanuel Buchinger und Jakob Weiner gewählt.

Politische Uebersicht.

Der Nachfolger Kopp's.

Das Breslauer Domkapitel wählte gestern den Bischof D. Adolf Vertram von Hildesheim als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Kopp zum Bischof von Breslau. D. Vertram, dessen Wahl natürlich vorher zwischen der preussischen Regierung und dem Papst vereinbart worden war, wurde am 14. März 1899 als Sohn eines Kaufmanns in Hildesheim geboren. Im Jahre 1866 wurde er Bischof von Hildesheim. Im Gegenzug zu Kardinal Kopp soll D. Vertram ein Gönner der christlichen Gewerkschaften sein.

Ueber die Stellung der Kurie zu den christlichen Gewerkschaften liegt übrigens eine neue Kundgebung des Papstes vor. In einer Ansprache an die neuernannten Kardinele sagte nämlich der Papst, einem Telegramm aus Rom zufolge, sehr beweglich über die Gefahren, denen die Kirche ausgesetzt sei und fuhr dann fort:

Inmitten so vieler Gefahren habe ich niemals verümt, das Leben vorzuzeichnen, das ein Christ führen soll. Aber mein klares und deutliches Wort ist nicht immer verstanden und richtig ausgelegt worden; im Gegenteil war die Zahl derjenigen nicht gering, die sich nicht vor willkürlicher Auslegung der Worte des Papstes scheuten. Da bedarf ich Eurer Mitarbeit. Predigt es aller Welt, besonders aber den Gläubigen, daß nichts dem Herrn und daher auch seinem Statthalter so mißfällt, wie die Zwiespalt in der Lehre; denn Satanas kann alles dabei gewinnen und zieht seinen Nutzen daraus. Treffet Sorge, daß die Priester in nicht zu lebhaftem Verkehr mit Leuten stehen, deren Glaubenslehre verdächtig ist, verhindert die Lesart nicht nur der ganz schlechten Zeitungen, sondern auch derjenigen, welche nicht die volle Billigung der Kirche haben. Wenn Ihr Leute trefft, die sich ihres Glaubens und ihrer Ergebenheit für den Papst rühmen, aber es ablehnen, sich Klerikal nennen zu lassen, so sagt ihnen, ergebene Söhne des Pontifex seien diejenigen, die ihm und seinem Willen gehorchen. Höret nicht auf, immer von neuem zu sagen, daß der Papst die katholischen Gesellschaften liebe, die das materielle Wohl ihrer Mitglieder zum Zwecke haben, aber saget auch, daß der Papst erklärt habe, das geistliche Wohl müsse bei ihnen immer an erster Stelle stehen. Konfessionell gemischte Vereinigungen und Verbände mit Nichtkatholiken sind erlaubt, aber der Papst bevorzugt die Vereinigungen, die sich um die Heilung drängen, die ruhmvoller ist als alle anderen, nämlich die der Kirche. Das ist das Feld, auf dem Ihr Euren Eifer betätigen sollt.

Der Papst hält also an seinem Standpunkt fest, daß die christlichen Gewerkschaften nur erlaubt sind, der Fortzug aber den rein katholischen Vereinigungen gebührt. Und die Worte, die sich gegen die willkürliche Auslegung richteten, sind ein deutlicher Tadel der Römer.

Bodenpreiserhöhung und Zolltarif.

Vor ein paar Jahren ist durch eine Untersuchung Kottlecks über die Kaufpreise ländlicher Besitzungen in Preußen der Bodenpreise wesentlich durch die Zollpolitik verursacht worden ist. Mehrere Arbeiten über die „Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns“ (in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 148) bringen jetzt eine ausführliche Feststellung. In dem genannten Bande, dessen ausführliche Vorrede wir uns vorbehalten, stellt Professor Brentano-München zunächst die Tatsachen fest. Danach fand in allen unteruchten Gebieten in den Jahren 1900 bis 1910 ein sehr starker Eigentumswechsel statt, der seit dem Jahre 1903 besonders auffällig anfiel. So wuchs in sechs von Dr. Hörens unteruchten Rentämtern im Jahre 1903, also nach Bewilligung der erhöhten Zölle, die Zahl der Kaufabschlüsse von 92 auf 273, um dann immer noch mehr zu steigen. Mit dem Emporschnellen der Preisbewegung ging ein erhebliches An-

mit war für die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit erreicht. Da aber die Lohnforderungen nicht bewilligt wurden, kündigten die Arbeiter in Kaufha und legten am 19. Mai die Arbeit nieder. Auch vor der Arbeitsniederlegung hat Magistratsrat Dr. v. Schulz seine Vermittlung angeboten und vorgeschlagen, daß sich beide Parteien einem Schiedsgericht fügen möchten. Die Arbeiter waren damit einverstanden, während die Unternehmer dies ablehnten und erklärten, daß die 9stündige Arbeitszeit in Kaufha und auch für alle übrigen Betriebe der Kaufha gefordert wird und die Arbeiter sich zu fügen haben. Darauf erfolgte die Arbeitseinstellung in Kaufha, der jetzt die Ausperrungsandrohung für die bereits genannten Orte folgte und die am 8. Juni vollzogen werden soll. Es werden rund 3500 Arbeiter ausgesperrt, darunter befindet sich der größte Teil Hilfsarbeiter, die leider organisationslos sind. Organisierte Glasarbeiter werden rund 1200 von der Aussperrung betroffen. Allerdings werden die Industriellen in einiger Zeit sicher zu weiteren Aussperrungen greifen. Die Organisation rechnet damit, daß in 4 bis 5 Wochen die Glasarbeiter in ganz Sachsen, Schlesien und Brandenburg ausgesperrt werden. Aber auch dieser Aussperrung sieht der Verband der Glasarbeiter mit Ruhe entgegen.

Am Kölner Dachdecker- und Baulempnergewerbe wurde nach mehr als sechswöchigem Streik der Dachdecker- und Klempnergehilfen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen vor dem Gewerbeamt führten zu dem Ergebnis, daß ein neuer Tarif zustande kam, der bis zum 31. März 1918 Gültigkeit hat. Der Tarifabschluss bedeutet für die Gehilfen einen vollen Erfolg, da die Zunahme aller den Gehilfen zugehörigen Verschlechterungen fallen gelassen hat und auch in der Lohnfrage wesentliche Zugeständnisse machte.

Zimmererstreik in Groß-Gerau (Hessen). Seit dem 1. April streikten die Zimmerer von Groß-Gerau. Der bis zum 31. März gültige Tarifvertrag war ordnungsgemäß gekündigt worden. Der Wunsch nach Verhandlungen über eine neue Vereinbarung wurde mit der Entlassung der organisierten Zimmerer beantwortet. Besonders durch ein rigoroses Vorgehen zeichnete sich die Firma J. B. Diehl, Holzzimmermeister, aus. Die Unternehmer nehmen gewöhnlich an, die Zimmerer würden sich durch dieses Vorgehen einschüchtern lassen, wie es vor einigen Jahren leider noch der Fall war. Von den Unternehmern werden alle Mittel angewendet, um den Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Durch schwarze Listen soll es den Streikenden unmöglich gemacht werden, anderwärts Arbeit zu bekommen. Streikbrecher sind nicht zu bekommen. Mit Behringern und Hilfsarbeitern wird versucht, die notwendigen Arbeiten fertigzustellen. Leider hat dieses System schon ein Opfer gefordert. Am Bau der Kahlbrücke in Wingerbrück bei der Firma J. B. Diehl starb der 16 Jahre alte Lehrling von der 12 Meter hohen Kanne und war sofort tot. Durch den Sturz des Lehrlings wurde auch ein unten stehender Hilfsarbeiter schwer verletzt. Jüngling von Groß-Gerau und den Bauleitern der Firma J. B. Diehl bei Gießen in Hessen und in Wingerbrück ist streng fernzuhalten.

Die Arbeiter in den Ziegeleien um Nürnberg-Fürth befinden sich seit einigen Tagen im Streik, der noch an Ausdehnung gewinnt. Bis jetzt kommen ca. 350 Arbeiter in Betracht. Die Unternehmer legen eine außerordentliche Hartnäckigkeit gegenüber den bestehenden Forderungen der Arbeiter an den Tag. Das Arbeitsamt Nürnberg erschwert den Streikenden den Kampf durch Zuweisung von Arbeitssuchenden nach den bestreikten Ziegeleien, ohne von der Tatsache des Streiks Mitteilung zu machen; die Streikenden müssen sich bemühen, die Zugewiesenen wieder abzuwickeln. Auch Streikbrecheragenten sind eifrig am Werke, um Arbeitswillige von allen Seiten heranzulocken. Ein solcher Herr, namens Johann Moser aus Osterreith, darf sich erlauben, mit geladenem Revolver gegenüber den Streikenden zu manipulieren. Die Polizei, die die Ausführenden mit Argusaugen überwacht, hat gegen solches Auftreten nichts einzuwenden, obwohl der Streik ruhig verläuft und kein Anlaß gegeben ist, die Letzteren mit Niederschlägen zu bedrohen.

Ausland.

Streik an Bord des „Vaterland“

Die bürgerliche Presse meldet, daß an Bord des „Vaterland“ eine Bewegung der Mannschaften ausgebrochen sei. Die Leute verlangten bessere Behandlung und höhere Löhne. Aus den sehr unklaren Mitteilungen der Presse geht hervor, daß die Mehrzahl der Mannschaften für die Rückreise von New York wieder amnestiert. 80 Steward aber wurden gegen ihren Willen von der amerikanischen Polizei gezwungen, an Bord zu bleiben. Sie sollen angeblich dem Hamburger Seemannsamt vorgeführt werden. Mit welchem Recht, ist aus den wirren Mitteilungen der Sensationspresse nicht ersichtlich. Das Fahrzeug wird von Kapitän Ruser befehligt, der auch den „Imperator“ fährt. Es ist bemerkenswert, daß auch die Mannschaft dieses Schiffes auf seiner ersten Ausreise Anlaß zu Beschwerden fand.

Gewerbliche Saisonarbeiter in der Schweiz und ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterbewegung.

Die schweizerische Fremdenindustrie hat ihre diesjährige Saison eröffnet, zahlreiche Fremde haben in den bekannten Vergnügungs- und Erholungsorten, Bädern und Vergnügungsorten ihren Einzug gehalten und weitere Hunderttausende werden in den nächsten Monaten folgen. Ihren Einzug haben in den Fremdenorten auch zahlreiche gewerbliche Saisonarbeiter aus anderen Teilen der Schweiz und aus dem Auslande gehalten, so namentlich Schneider, Schuhmacher, Tischler, Sattler, Tapezierer usw. Soweit es sich um organisierte Arbeiter handelt, muß es Sache der am Orte vorhandenen organisierten Berufsgenossen sein, sie für ihre Gewerkschaft als Mitglieder zu gewinnen, und soweit es bereits organisierte Arbeiter sind, ist von ihnen zu verlangen, daß sie ihre freie Zeit nicht nur dem Sport, insbesondere dem Vergnügen, widmen, sondern daß sie auch der Arbeiterbewegung gegenüber ihre Pflichten erfüllen. Sie sollen sich bei ihrem Eintreffen sofort bei der vorhandenen Gewerkschaft anmelden, prompt die Beiträge bezahlen und auch das Verbandsorgan lesen, um über alle Verbandsangelegenheiten unterrichtet zu werden und danach zu handeln. Andererseits soll allerdings die Gewerkschaft auch auf die Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder Rücksicht nehmen und ihnen z. B. den ja gewiß sehr schönen, gesunden und bildenden Vergnügen nicht erschweren oder unmöglich machen. Man soll im Sommer die Versammlungen etwas einschränken, solche etwa alle 4 Wochen nur fünf alle 14 Tage abhalten und man kann Sonnabend und Sonntag freilassen, also die Versammlungen an einem der übrigen fünf Wochentage abhalten.

Dann aber darf umso mehr von den Saisonarbeitern die Erfüllung ihrer Pflichten der Arbeiterbewegung gegenüber verlangt werden, die übrigens auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Denn je härter und leistungsfähiger die Gewerkschaften sind, desto erfolgreicher können sie an der weiteren Verhütung der Arbeitszeit und Erhöhung der Arbeitslöhne arbeiten und so mehr freie Zeit und reichliche Mittel für den Vergnügen schaffen.

Nachdem Saisonarbeiter aller Verufe, hinein in eure Gewerkschaften zur regen Mitarbeit an der weiteren Verbesserung aller Arbeits- und Lohnverhältnisse!

Katholische Gewerkschafter in Großbritannien.

London, 25. Mai 1914. (Fig. Ver.)

Vor einigen Tagen fand in Birmingham eine Versammlung katholischer Gewerkschafter statt, die unter dem Vorsitz des Erzbischofs Nisley tagte. Die Versammlung hatte den Zweck, über die Gründung katholischer Gewerkschaftsvereine in Birmingham zu beraten, die ein Gegengewicht gegen den in der britischen Gewerkschaftswelt sich immer mehr ausbreitenden Sozialismus darstellen sollen. Der Erzbischof erklärte einleitend, daß man mit den Gewerkschaften als solchen keinen Streit habe. Ein Herr Burns führte aus, daß die Sozialisten nur deshalb an der Spitze der britischen Gewerkschaftsbewegung ständen, weil die katholischen Gewerkschafter teilnahmslos seien. Die katholischen Arbeiter wollten nur ihrer eigenen Opposition gegen den Sozialismus Ausdruck verleihen und beabsichtigen nicht, mit anderen Feinden des Sozialismus zusammenzugehen. Der Arbeiterbewegung täten Männer not, die ihren Katholizismus, wenn angegriffen, verteidigen würden, sonst aber ihren Glauben nicht erwähnten. Es sei nicht die Absicht, etwas in die Arbeiterbewegung einzuführen, sondern von ihr etwas fernzuhalten, was nicht hinein gehöre. Erst wenn es den Katholiken unmöglich gemacht werde, den bestehenden Gewerkschaften weiterhin anzugehören, würden katholische Gewerkschaften nötig sein. Der Stadtverordnete Saunders, der im Birminghamer Gemeinderat die Arbeiterpartei vertritt, meinte, es sei gefährlich, in die Gewerkschaftsbewegung religiöse Fragen einzuführen. Im gewerkschaftlichen Kampfe habe er stets mit Sozialisten und Freidenkern Schulter an Schulter gestanden. Er sei nicht dafür, daß man sich mit einem Menschen zankt, mit dem man in 99 aus 100 Punkten übereinstimme und von dem man nur in einem Punkte abweiche. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, mit der beschlossen wurde, eine Vereinigung katholischer Gewerkschafter in Birmingham zu gründen; in jedem Kirchsprengel sollen Zweigvereine ins Leben gerufen werden und ein Zentralverwaltungsausschuss soll die ganze Bewegung überwachen.

Dies ist nicht der erste Versuch der katholischen Geistlichkeit Großbritanniens, entweder Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung des Landes zu gewinnen oder sie zu sprengen. Mit der Gründung katholischer Gewerkschaften hat der Klerus bisher keine gute Geschäfte gemacht. Er hat deshalb den direkten Angriff aufgegeben zugunsten des Planenangriffs. Birmingham ist nicht die erste Stadt, in der versucht wird, im Interesse der katholischen Geistlichkeit die katholischen Arbeiter im Busen der Gewerkschaftsbewegung zu organisieren. Doch das Neue an dieser Sache ist, daß man hier zum ersten Male mit dem Plane an die Öffentlichkeit tritt. Bisher hat man sich damit zufrieden gegeben, im Dunkeln zu operieren. Man verabredete sich in gewissen Gegenden des Sonntags in der Kirche oder der Kaplanei übernahm die Verhandlung, und manche gewerkschaftliche Abstimmung und Wahl ist durch berartige Mittel stark beeinflusst worden. Diese Methode mag in Großstädten nicht gut anwendbar sein, und das hat vielleicht bei dem Klerus den Entschluß gereift, mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit zu treten. Doch der Erzbischof Nisley kann sicher sein, daß es mit seinem Traume bald aus sein wird, wenn der erdrückenden Mehrheit des Landes die arbeitserziehbaren Pläne des herrschenden katholischen Klerus einmal klar zum Bewußtsein kommen. Bis jetzt ist das Treiben des Klerus von den Gewerkschaftsführern nur still verfolgt worden; sie glauben anscheinend, daß sie im Ernstfalle eine Fronte ohne Mühe niederschlagen können. Doch wie stark sich der Einfluß der katholischen Geistlichkeit in der Gewerkschaftsbewegung schon geltend gemacht hat, beweist der Beschluß des Gewerkschaftskongresses, die Frage der religionslosen Erziehung von der Tagesordnung abzusehen. Ob diese echt englische Taktik, dem Gegner durch einen Rückzug den Wind aus den Segeln zu nehmen oder zu besänftigen, gegen die katholische Geistlichkeit Erfolg haben wird, dürfte sehr zweifelhaft sein. Allem Anschein nach wird der Leidenstachel der religiösen Verpönderung auch an der britischen Gewerkschaftsbewegung nicht vorübergehen.

Zehnter Verbandstag des Holzarbeiter-Verbandes.

Dresden, 26. Mai 1914.

In der weiteren Debatte über den Vorstandsbericht wurden Grenzfreistreitigkeiten behandelt; auch die letzte Gehaltssteigerung für den Vorstehenden, der Bau des Verbandshauses, das Ehren Diplom usw. regten die Gemüter auf.

Lang-Hamburg ist mit der Tendenz des Jugendblattes nicht zufrieden. Zu rügen ist, daß Lehrlingen in der Konsumvereinsbewegung die Zugehörigkeit zu Jugendorganisationen nicht erlaubt wird.

Robert Schmidt-Berlin: Die letzten Gehaltssteigerungen waren berechtigt. Wir legen dem Vorstand große Werte in die Hand. Es ist wichtig, daß sie gut verwaltet werden. Unser Vorstehender macht von seiner großen Macht einen sehr guten Gebrauch. Das berechtigt zu der Gehaltssteigerung. Die Kritik wegen des Verbandshauses halte ich nicht für ganz unbedeutend. Der Konflikt zwischen Vorderhaus und Hofwohnung tritt zu stark hervor. Ich halte es auch für falsch, aus Verbandsmitteln Wohnungen herzustellen, die nicht für Arbeiter in Betracht kommen. Auf die Herausgabe des Jugendblattes konnte man verzichten, die vorzügliche „Arbeiter-Jugend“ reicht aus. Wir wollen doch auch einen Kontakt mit der übrigen Jugendbewegung behalten. (Beifall.)

Pape vom Vorstand weist darauf hin, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, im Gegensatz zu den heutigen Kritikern, der Ansicht sind, daß ihre Organisation durch Kartellverträge mit den Holzarbeitern geschädigt werde.

Die Debatte wird geschlossen, obgleich 18 Redner noch eingezichnet sind.

Leipziger führt im Schlußwort aus: Der Vergleich der heutigen mit früheren Debatten zeigt, daß der Verband in dieser Hinsicht keine Fortschritte gemacht hat. Ich wünschte, die Kritiker hätten tiefer geschürft. Der erste Redner wußte aus der Fülle des Materials anderes nicht herauszuholen als das Ehren Diplom. In der Ausgewertetenunterstützung müßte der Vorstand wegen der großen Zahl der Arbeitslosen eine Wartepflicht zwischen Verbandsunterstützung und Ertrunterstützung einfügen. Im weiteren behandelt der Redner Einzelbeschwerden. Bei der Wahl des Platzes für das Verbandshaus ist den Wünschen der Berliner Lokalverwaltung Rechnung getragen worden. Das gilt auch von der Schaffung der sogenannten Hintertreppe und der Bauausführung. Mit der heutigen Erklärung der Hamburger Kollegen in der Gehaltsfrage kann ich mich zufrieden geben.

Wendt bemängelt den von der „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlichten abfälligen Artikel zum letzten Parteitag.

Reichmann-Jülich als Gast bemerkt: Es freut mich, daß Sie die Taktik befolgen, die gegnerischen Organisationen wenig zu beachten. Wir haben ihnen früher in der Presse große Aufmerksamkeit geschenkt und sie dadurch erst bekanntgemacht. Jetzt erwähnen wir die gegnerischen Organisationen kaum noch. Mit dieser Taktik machen wir die beste Erfahrung.

Gabres-Frankfurt: Mit dem Parteitagartikel wird die Wehrkraft der Kollegen einverstanden gewesen sein. Die Massenstreikochat ist zu einer sehr ungeeigneten Zeit geführt worden. Ein Antrag, die Sterbetafel wieder einzuführen, wurde angenommen.

7. außerordentlicher Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Hamburg, 26. Mai.

2. Verhandlungstag.

Zu den Geschäftsberichten liegen eine Reihe Anträge vor, die in der Hauptsache die Agitation betreffen und zum Teil eine andere Gauenstellung ankreiden.

In der Diskussion über die Geschäftsberichte gingen mehrere Delegierte auf den Stettiner Streik ein, der dem Verband ein schönes Stück Weid geliefert hat und doch ergebnislos verlief. Man stellte sich allgemein auf den Standpunkt, den auch der Vorstehende wohl bereits in seinem mündlichen Bericht schon einnahm, daß in Zukunft unbedingt das Streikreglement eingehalten

werden müsse. Es ginge nicht an, daß bei Aktionen wie in Stettin, die so sehr die Verbandskasse in Mitleidenhaft ziehen, das Verbandsstatut ignoriert werde. In der Agitation müßten größere Anstrengungen gemacht werden. Bedauerlich sei, daß neben der Bekämpfung der gegnerischen Organisationen und sogenannten neutralen Vereinen in sehr unlauterer Weise von Freigewerkschaftlern, besonders von Fabrik- und Metallarbeitern gegen den Gemeindearbeiterverband gearbeitet werde. Wie ein toter Faden zogen sich die

Klagen über Grenzfreistreitigkeiten

durch die Debatte. Da mehrere Redner das Verhalten einzelner Gewerkschaften als nicht im Einklang mit der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Grenzregulierungen bezeichneten, ergriff der Vertreter der Generalkommission.

Cohen-Berlin, das Wort und führte aus: Um die immerwährenden Grenzfreistreitigkeiten etwas einzudämmen, hat die Generalkommission im Einverständnis mit der Vorstandskonferenz ein Schiedsgericht gebildet, dem alle Grenzfreistreitigkeiten zwischen den Organisationen überwiesen werden. Das Urteil ist für beide streitenden Parteien bindend. Nun muß sich die Generalkommission in den Sitzungen wenigstens nicht mehr mit so hochwichtigen Fragen wie die, ob die Viehtreiber zum Fleischer- oder zum Transportarbeiterverband gehören, beschäftigen. Der nächste Gewerkschaftskongress in München muß sich wohl oder übel wieder mit der Frage der Grenzfreistreitigkeiten befassen. Aber eine glatte Lösung darf man auch dort nicht erwarten. Es wird genau wie in Hamburg wieder zu einem Kompromiß kommen. Der heutige Zustand, bei dem z. B. der Metallarbeiterverband in einer Lohnbewegung mit weiteren 25 bis 30 Organisationen zu tun hat, ist auf die Dauer unhaltbar. Daher neigt auch der Metallarbeiterverband, dem ich angehöre, zu der Auffassung der Gemeindearbeiter, der Betriebsorganisation gegen der Berufsorganisation den Vorrang zu geben. Vorläufig besteht aber für uns die Hamburger Resolution und die Ritters kann lediglich durch Kartellverträge etwas gemildert werden. Aufgabe der Gemeindearbeiter ist es, durch eine maßvolle Propaganda für die Idee der Betriebsorganisation zu wirken — wobei sie zweifellos die Unterstützung anderer Gewerkschaften haben — und dadurch eine Abänderung der Hamburger Resolution auf dem Münchener Kongress anzustreben. (Beifall.)

Gaulleiter Strunk-Brandenburg-Pommern Brandmarkt scharf das Verhalten der Stettiner Stadtverwaltung bei dem dortigen Streik. Ein Vertreter der dortigen Stadtbehörde bezeichnete es als eine „fittliche Pflicht“, Frau und Kind mitarbeiten zu lassen, falls der Mann nicht genügend verdient. (Bewegung.)

Der Stettiner Delegierte Wauen gab eine ausführliche Schilderung von ihrem Streik. Die Hafenarbeiter, die unter demselben Druck leiden, hatten sich mit den Streikenden solidarisch erklärt; allein ihre Organisationsleitung, der Transportarbeiterverband, bereitete den Solidaritätsstreik.

Gaulleiter Hedmann-Mannheim übte scharfe Kritik am dem gedruckten Bericht des Vorstandes.

Sebald-München schloß sich der Kritik an dem Vorstandsbericht an. Die Bearbeitung des statistischen Materials sei unzulänglich. Die Broschüre des Vorstandes „Arbeiter und Beamtentum“ würde am besten eingestampft. Den Gaulleitern müsse mehr Selbstständigkeit eingeräumt werden. Um die Agitation zu erleichtern, sollen die Lichtbildervorträge mehr als bisher in den Filialen eingeführt werden.

Chret-Nürnberg beklagte sich besonders über die unlautere Konkurrenz der Metallarbeiter.

Großmann-Nürnberg polemisierte gegen die Gaulleiter Hedmann und Sebald, deren Art der Kritik nicht im Interesse des Verbandes liege.

Buhh-Berlin hielt in der Resolution, die dem Münchener Gewerkschaftskongress zur Regelung der Grenzfragen vorgelegt wird, eine Verschärfung des heutigen Ausnahmezustandes, in dem der Gemeindearbeiterverband sich befindet. Ob durch die „maßvolle“ Propaganda für die Betriebsorganisation, wie sie Genosse Cohen empfiehlt, hier etwas zu erreichen sei, müsse als sehr fragwürdig bezeichnet werden. Nur durch die Unterstützung großer Verbände, wie z. B. der Metallarbeiter, könne in München etwas erreicht werden.

In seinem Schlußwort ging der Verbandsvorstande Pohl hauptsächlich auf die Bemängelungen Hedmanns und Sebalds ein. Wenn der letzte Jahresbericht einige Flüchtigkeit aufweise, so hätte das seinen Grund darin, daß gleichzeitig mehrere Angestellte des Verbandsvorstandes erkrankt waren. Daneben habe die Unzulänglichkeit der Bearbeiter einiger besonderer Ressorts zu wünschen übrig gelassen.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge fanden folgende Annahme beim Heberweisung an den Vorstand: Unter den Arbeitern der Bekleidungsämter und Militärbetriebe eine regere Propaganda zu entfalten, für die Frauen ein besonderes Flugblatt herauszugeben und zur Agitation in dunklen Orten besondere Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf einer einüberstehenden Konferenz der in Straßenreinigungsbetrieben, Müllabfuhr, Grubenentleerung und Kanalwesen beschäftigten Kollegen soll ein Vortrag über die Schädlichkeit dieser Verufe und über die notwendige Hygiene gehalten werden. Vom dem Reichstag soll das gesetzliche Verbot der 24stündigen Wechelschicht gefordert werden.

Die Sitzung wurde nun auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Kritiken über den Tod hinaus.

Als am 31. Dezember 1913 die große Sturmflut die pommerische Küste überdeckte, raffte sie auch drei Fischer aus Ahlbeck in das fahle Wellengrab, unter ihnen den langjährigen Parteigenossen Weber. Ende voriger Woche trieb die See dessen Leiche wieder zum Strand und am Sonntag wurde sie ins Grab gesenkt. Der Ahlbecker Fischereiverein, in dem neben dem dortigen Amtsvorsteher Schoepe der konservative Reichstagsabgeordnete v. Vöhlendorf eine große Rolle spielt, verweigerte dem auf so tragische Weise aus dem Leben ergriffenen Berufskollegen die letzte Ehre, weil es sich dessen Parteifreunde nicht nehmen ließen, seiner Wahre zu folgen und einen Kranz mit roter Schleife auf seine Gruft zu legen. Unsere Freunde gaben dem verstorbenen Genossen um so zahlreicher das Geleit zum letzten Aufbruch und so geistlos hat sein Begräbnis zu einer Demonstration sozialistischer Kameradschaftlichkeit gegenüber konservativer Herzensknotheit.

Gründung eines Parteiorgans für die Westpfalz.

Nachdem die vor einigen Jahren ins Leben gerufene Genossenschaft zur Gründung eines eigenen Parteiorgans für die Westpfalz, die drei Wahlkreise Kaiserslautern, Zweibrücken und Homburg umfassend, die nötigen Mittel aufgebracht hat, wurde jetzt die Firma „Westpfälzische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Gesellschaft m. b. H.“ mit dem Sitz in Kaiserslautern errichtet. Die Vorarbeiten sind soweit erledigt, daß im Laufe des Herbst mit dem Erscheinen des neuen Blattes gerechnet werden kann.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Königberg (Land)-Fischhausen hielt am 17. Mai seine Jahresgeneralversammlung ab, die von 72 Delegierten besucht war. Der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Koronicki, hielt zunächst ein Referat über die politische Lage. Danach erstattete der Vorstehende, Genosse Reiter, den Geschäftsbericht über das verfllossene Jahr. Es sind abgehalten worden: 47 Mitglieder-, 3 öffentliche und 7 Frauenversammlungen. Verteilt wurden 45 800 Flugblätter, Kalender und Proschüren. Die Agitation wurde durch den Mangel an Versammlungsorten außerordentlich gehindert. Bei der Landtagswahl wurden im Kreise 1543 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Zum erstenmal gelang es, auch auf dem Lande eine nennenswerte Beteiligung zu erreichen. 10 Wahlmänner wurden

in ländlichen Bezirken gewährt. Die Mitgliederzahl stieg von 1561 auf 1571, darunter sind 299 weibliche Mitglieder. Von den Mitgliedern wohnen 881 auf dem Lande. Allmählich gelingt es, auch auf dem Lande immer mehr Genossen zur Mitarbeit heranzuziehen. Aus dem vom Genossen Keiser erstatteten Rapport ergibt sich eine Gesamteinnahme von 6825,89 M. (darunter Beiträge: 4522,40 M.) und eine Ausgabe von 5773,22 M. Der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss 5773,22 M. Zum Kreisvorsitzenden wurde Genosse Arbeitersekretär Krüger wiedergewählt. Entgegen einem gestellten Antrage wurde beschlossen, an dem System, die Generalversammlung durch Delegierte zusammenzusetzen, im Interesse der ländlichen Mitglieder festzuhalten.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den sächsischen Reichstagswahlkreis (Pöna-Sebnitz) bezeichnet auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung ein langames, aber stetiges Fortschreiten, das der reichen agitatorischen und organisatorischen Arbeit zu danken ist, die die Genossen leisteten. In den 18 Gruppen des Vereins ist die Mitgliederzahl von 6800 auf 6201 gestiegen. Darunter sind 660 weibliche Mitglieder. Der Zugang betrug 1854, der Abgang 1640. Die Zahl der Leser der „Pönaer Volkszeitung“ ist zurückgegangen, zum Teil, weil in dem unmittelbar an Dresden angrenzenden Bezirke vielfach die „Dresdener Volkszeitung“ gehalten wird. Eine lebhaftere Hausagitation und der Gewinn von 500 neuen Abonnenten in der roten Woche weht die Scharte wieder aus. Es sind jetzt 4487 Abonnenten der Arbeiterpresse insgesamt vorhanden. Wie viel im Kreise noch zu tun ist, zeigt der Umstand, daß erst in 148 von den 218 zum Gebiete des Vereins gehörenden Orten Mitglieder vorhanden sind. An Versammlungen wurden 40 politische, 197 für Mitglieder und 24 für Frauen abgehalten, Flugblätter und Broschüren in einer Gesamtauflage von 108 000 Exemplaren verbreitet. Der Kassenbericht verzeichnet in Einnahme und Ausgabe 27 202 M. An den Wahlfonds konnten 946 M. abgeführt werden. Der Kreisbildungsausschuß, dem die örtliche Bildungsausschüsse untergeordnet sind, kann nur über geringe Fortschritte berichten. An zwei Kursen des Genossen Otto Kühle über Nationalökonomie nahmen im Durchschnitt 35 und 97 Personen teil. Die verschiedenen Bibliotheken im Kreise, für die drei Kommissionen eingesetzt sind, enthalten ca. 4000 Bände. Ihre Benutzung ist durchschnittlich gestiegen. Im ganzen Kreise sind Kinderkommissionen eingesetzt, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens in den heimindustriellen Gebieten schon wesentliche Erfolge zu verzeichnen haben. Die Tätigkeit und der Ausbau dieser Kommissionen wird als dringend notwendig bezeichnet. Die Arbeit der Jugendausschüsse wird vielfach noch durch den Widerstand einzelner Organisationen erschwert, doch wurden die für die Jugend getätigten Veranstaltungen gut besucht. Die „Arbeiter-Jugend“ wird in 600 Exemplaren im Kreise gelesen. Als Kandidaten für die fünf im Kreisbereich liegenden Landtagswahlkreise wurden von einer Kreiskonferenz die Genossen Pfahldorf, Ewald Henkel, Albert Schwarz, Robert Fischer und Johann Schirmer aufgestellt.

Aus dem Geschäftsbericht des Lieberzschischen Agitationskomitees sind folgende Angaben von besonderem Interesse: Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 1914 zusammen 48190, darunter 8819 Frauen, was eine Gesamtzunahme gegen das Vorjahr von 8800 Mitgliedern entspricht, und zwar 4841 Männer und 1859 Frauen. Diese erfreuliche Zunahme war im wesentlichen der Erfolg der roten Woche, welche im Monat März dem Agitationsbezirk 9151 neue Parteimitglieder, darunter 1906 weibliche, und der Parteipresse 8806 neue Leser brachte. Außerdem wurden noch 1678 neue Bezirke der über den ganzen Bezirk verbreiteten Monatschrift „Rosenrot“ gewonnen. An politischen Versammlungen wurden im Bezirk in der Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1914 veranstaltet 3050. Darunter waren 2527 Mitglieder-, 459 öffentliche und 84 öffentliche Frauenversammlungen. Was die schriftliche Agitation anbelangt, so wurden 87 200 Broschüren und 8 284 560 Flugblätter verteilt. Außerdem 250 400 Agitationskalender und 8000 polnische Kalender. Die Parteipresse des Bezirkes hat gegen das Vorjahr keine Änderung erfahren. Es erschienen im Bezirk 7 Parteiblätter. Der Abonnentenstand ging in den ersten drei Quartalen zurück. Die rote Woche machte aber nicht nur den Verlust wieder wett, sondern erhöhte die Gesamtabonnentenanzahl noch um 3473 gegen das Vorjahr. Alle sieben Parteiblätter haben aber die Befolgung durch Polizei und Staatsanwalt in hohem Maße gespürt. Es wurden zwar an Freiheitsstrafen nur 6 Monate Gefängnis verhängt, aber 11 310,73 M. Geldstrafen und Geldstrafen waren zu zahlen. Die Wahlkämpfe um die Sitze in den Gemeinderatskollegien gestalteten sich äußerst erbittert. Einem Gewinn von sechs neuen Sitzen steht ein Verlust von 19 Sitzen gegenüber, so daß am Niederrhein 13 Mandate eingebüßt wurden. Am 1. Januar d. J. hatte der Bezirk 196 sozialdemokratische Gemeinderäte gegen 209 im Vorjahre. Der Bezirksfassenbericht schließt mit 71 174,70 M. Einnahmen und 60 665,77 M. Ausgaben ab.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis O a m s o e h hielt am 24. Mai in Rünthe seine Generalversammlung ab. Der Vorstand konnte über einen Mitgliedererfolg von 481 berichten, so daß der Verein jetzt in 35 Orten 2537 Mitglieder zählt, worunter 487 Frauen sind. Die Zahl der Neuzugänge betrug 949. Wenn die Fortschritte nicht größer sind, so liegt das an der Abwanderung in verschiedenen Orten. In Soest gingen allein durch die Stilllegung von Glasfabriken 81 Mitglieder verloren. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 8215,94 M. und eine Ausgabe von 6401,82 M. und einen Gesamtbestand von 4060,25 M. auf. Durch einen Einbruch wurde die Kasse um 913 M. geschädigt. An Hausagitationen wurden 85, an öffentlichen und Mitgliederversammlungen 198 abgehalten. An Schriften und Flugblättern sind insgesamt 119 185 Exemplare verbreitet worden. Die Zahl der Abonnenten ist nicht unerheblich gesteigert worden, läßt aber immer noch zu wünschen übrig. Die Kommunalwahlen haben wieder einen Fortschritt gebracht. Insgesamt sind im Kreise 29 sozialdemokratische Vertreter in 14 Gemeinden vorhanden gegen 17 in 11 Gemeinden im Vorjahre. Die Generalversammlung beschloß die Veranstellung unentgeltlicher Kurse für die Gemeinderäte. Als Reichstagskandidat wurde, da Genosse Ojemann die Kandidatur niedergelegt hat, der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, V e i m p e r e r, aufgestellt. Der deutsche Parteitag wird durch einen Delegierten besichtigt. Die Generalversammlung nahm schließlich noch einen Vortrag des Genossen R e h l i c h - D o r t m u n d über die Organisation des Bildungswesens entgegen und beschloß einen gebornischen Prozeß gegen die Wahlrechtsfeindschaft der preussischen Regierung. Als Vorsitzender wurde S c h o n f e l d e r - G e r t e n wiedergewählt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis S c h w a r z b u r g - S o n d e r s h a u s e n tagte am Sonntag in Arnstadt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl am 31. März d. J. 1070 (1543 männliche und 127 weibliche) beträgt, gegen 1596 (1450 männliche und 116 weibliche) am Schlusse des vorigen Geschäftsjahres. Die Mitglieder verteilen sich auf 27 Ortsgruppen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Kreise beträgt 3987. Die Zahl der Abonnenten des Parteipresseorgans 2631. Die Kreisliste hatte eine Einnahme von 4108,44 M., die Ausgabe betrug 4052,67 M. — In der Debatte wurde die heimtückliche, denunziatorische Kampagne der „Christlichen“ Gegner, die hauptsächlich in den kleinen Orten im Trüben zu fischen versuchen, gekennzeichnet. — Trotz des Zehrs in vielen Orten von den Gegnern betriebenen Terror und ihrer groben Verhöhnung gegen die geschlichen Bestimmungen gelang es, die Zahl der in Stadt- und Landgemeinden in den Gemeinderatsvertretungen tätigen Genossen auf 48 zu steigern. — Mit der Reorganisation des Organisationsstatuts wurde eine Kommission beauftragt.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis R o i s - R e a s hielt am 21. Mai in Rois seine Kreisversammlung ab. Der Kreis, in dem sich in den letzten Jahren eine rapide Industrialisierung vollzieht, die in der Zukunft noch bedeutend schneller und umfangreicher vor sich geht, hat demgemäß auch in der Organisation und Presse gute Fortschritte gemacht, so daß zu Anfang des vorigen Geschäftsjahres ein Parteisekretär sowie ein Hilfsleiter für die Zeitung angestellt werden konnte. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Partei in 15 Orten des Kreises Organisationen hat, gegen 11 im Jahre 1913. Mitglieder sind am Jahresabschluss 1281, darunter 309 Frauen, vorhanden; gegen 1913 ein Mehr von 287. Ohne die rote-Woche-Agitation wären doch 161 Mitglieder mehr gegen 1913. Die Organisation hat sehr darunter zu leiden, daß in vielen Orten des Kreises keine Lokale für öffentliche und zum Teil auch für Mitgliederversammlungen zur Verfügung stehen.

Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg-Altendorf bezeichnet in seinem Jahresbericht einen Mitgliederstand von 21 227, davon 2481 weibliche. Die Mehrung gegenüber dem Vorjahr beträgt 676 Mitglieder, die natürlich die an andere Parteigruppen gewanderten Nürnberger Parteigenossen nicht berücksichtigt, doch ist zu berücksichtigen, daß gerade in dem hochindustriellen Nürnberg die wirtschaftliche Krise am heftigsten wirkte und noch jetzt wirkt. Außerdem mußten 163 Mitglieder im Bezirk Gartenstadt an den Wahlkreis Ansbach-Schwabach abgegeben werden, da dieser Bezirk zwar in Nürnberg eingemeindet ist, aber einen Bestandteil des letztgenannten Wahlkreises bildet. Wenn auch die Mitgliederzunahme allzu optimistische Genossen enttäuscht, so ist doch auf jeden Fall wieder der Beweis geliefert, daß der Jubel der Gegner über einen „Niedergang“ der Sozialdemokratie auch in Nürnberg nicht am Platze ist.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis H e r f o r d - H a l l e hielt am Sonntag in Herford seine Generalversammlung ab. Der Verein hat trotz lebhafter Agitation im verfloffenen Jahre infolge der schlechten Geschäftslogie in der Zigarrenindustrie nur wenig zugenommen. Die Tabakarbeiter sind vorwiegend im Kreise. Er zählte am 31. März 2061 Mitglieder (davon 123 weibliche) gegen 2019 (davon 72 weibliche) im Vorjahre. Die Abonnentenzahl der „Volksmacht“ stieg von 2014 auf 3035. In 3 Städten und 15 Dörfern zählen wir 42 sozialdemokratische Gemeinderäte oder Stadtverordnete. An Einnahmen konnte der Verein mit einem Kassenbestand von 330,29 M., 8907,54 M. buchen, denen 5281,70 M. an Ausgaben gegenüberstanden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßhänder.

Die Strafkammer in E i b e r f e l d verurteilte die Genossen W e r k e r und C h r i s t m a n n von der „Vergischen Arbeiterstimme“ zu 75 resp. 200 M. Geldstrafe; ein mitangelegter Arbeiter erhielt vier Monate Gefängnis. Der Arbeiter hatte behauptet, auf der Polizeiwache mißhandelt worden zu sein. Der Vorgang war dann in unserem Solinger Parteiblatt behandelt worden. Die als Zeugen vernommenen Schulleute beschworen, den Arbeiter nicht mißhandelt, sondern nur etwas energisch auf den Stuhl gesetzt zu haben. — Die gleiche Strafkammer verurteilte den Genossen F r a n k e - R ö h n zu 80 M. Geldstrafe, weil er einen Gerichtsbeschluss über die Solinger Arbeiterjugend vorzeitig veröffentlicht haben soll.

Soziales.

Gegen Einengung des Frauenschuhs.

Durch die Gewerbeordnungsnovelle vom 9. Dezember 1908 ist für die Zeit vom 1. April 1912 ab bestimmt: „Arbeiterinnen dürfen nicht in Kokerien und nicht zum Transport von Materialien bei Bauten aller Art verwendet werden“ (§ 137 Abs. 7). Diese Schutzvorschrift legte die Strafkammer des Landgerichts Breslau ohne Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte und dem klaren Wortlaut des gesetzlichen Verbots dahin aus, Frauen dürften zu leichteren, der Individualität der einzelnen Arbeiterin angepaßten Arbeit bei Bauten verwendet werden. Es erachtete das **Herausschaffen** von Sand und Kies, mit denen Frauen bei Eisenbahnerarbeiten beschäftigt wurden, für eine besonders leichte und daher erlaubte Beschäftigung und sprach den Tiefbauunternehmer W i t z und den Schachtmeister F l u n d von der Anklage des Vergehens gegen § 137 Abs. 7 der Gewerbeordnung frei. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das unterhändlerische Urteil Revision ein. Der Reichsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an die erste Instanz. Das Reichsgericht entsprach gestern diesem Antrage.

Berminderung der Arbeitslosigkeit.

Ein auffällig unsoziales und dem Gesetz widersprechendes Urteil fällt das hiesige Kaufmannsgericht in seiner letzten Sitzung.

Eine Kontoristin verlangt von der Beklagten, der Deutschen Verlagsgesellschaft (Bärenstein), als Schadenersatz das Gehalt eines Monats, weil sie durch die Schuld der Firma keine Stellung gefunden habe. Es sei ihr nicht erlaubt worden, zum Verband hinzugehen und dort nach vakanten Stellen zu fragen. Es wurde ihr gleichzeitig angedroht, daß, wenn sie etwa dem Verbote zuwider doch in der Geschäftszeit zum Verbands gehen sollte, sie sich als sofort entlassen betrachten könne. Die klagende Gesellschaft wendete ein, daß sie der Klägerin jederzeit Urlaub zum Vorstellen gegeben hätte, wenn diese die Stellensuche vorgezogen hätte. Daß Klägerin aber aus Versehen zum Verbands hingegangen, hielt die Beklagte nicht für erforderlich. Fräulein V. hätte sich ebensogut die Vakanten schriftlich oder telephonisch mitteilen lassen können. — Eine vom Kaufmannsgericht eingeforderte Auskunft der Verbandes lautet dahin, daß es sich für Stellensuchende empfehle, in der Woche ein- bis zweimal im Verbandsbureau persönlich vorzusprechen. Bei dem großen Angebot haben diejenigen, die die Vakanz persönlich im Stellennachweise erfahren, einen gewissen Vorteil. Sie sind in der Lage, sich sofort bewerben zu können, während die anderen in Betracht kommenden Gehilfinnen erst die schriftliche Nachricht abwarten müssen. Oft ist in der Zwischenzeit die Stelle schon besetzt.

Das Kaufmannsgericht kam nach langer Beratung zur **Abweisung der Klage**. Das Gericht habe, so sagt es begründend, **lange geschwankt**, sei aber schließlich doch zu einer die Klägerin abweisenden Entscheidung gekommen. Denn in der Auskunft des Verbandes heiße es, daß persönliche Anträge erwünscht sei. Diejenigen, die zum Verband hingehen, haben nur einen gewissen Vorteil, damit ist aber noch nicht gesagt, daß die anderen Bewerber eine wesentlich geringere Chance haben. Es führe auch nach Ansicht des Gerichts zu weit, einer Firma zuzumuten, den im Kündigungsverhältnis befindlichen Angestellten außer den direkt verlangten Vorstellungen noch ein- bis zweimal in der Woche für einen Besuch beim Verband freigegeben zu müssen. Es würde das eine ungewöhnliche außerordentliche Inanspruchnahme des Gehilfen zur Folge haben, deren Notwendigkeit doch nicht auf der Hand liege.

Das Kaufmannsgericht hat bei dieser Entscheidung nicht berücksichtigt, daß nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen und nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs „nach der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses der Dienstherr dem Verpflichteten auf Verlangen an angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren“ hat. Als angemessen muß über die zum Vorprechen beim Verband erforderliche

oder zweckmäßig aufzuwendende Zeit stets erachtet werden. Keinesfalls hat der Chef das Recht, den Handlungsgehilfen in der bestmöglichen Art zur Verdingung seiner Arbeitskraft einzuschränken.

Ein gelber Verdächtiger der „Volksfürsorge“ verurteilt.

Der gelbe Arbeitersekretär Edmund F i c h t n e r in Waldenburg (Schlesien), ein Helfershelfer der **Kapitalistischen-Redaktion**, hatte ein gefährliches Flugblatt gegen die „Volksfürsorge“ herausgegeben und sowohl unter der Arbeiterschaft verbreiten lassen, als auch an die Unternehmer Schlesiens versandt. Das Flugblatt operierte ganz nach reichsverbändlicher Manier mit der „sozialdemokratischen Volksfürsorge“, und war so geschäftig, daß der Vorstand der „Volksfürsorge“ dem guten Mann durch eine Klage auf Grund des § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Gelegenheit gab, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Die Verhandlungen wurden lange hingezogen. Der Beklagte brachte immer neue von Mapp ihm zur Verfügung gestellte Zeitungsauschnitte bei, aber alles waren keine Beweise für die erhobenen Beschuldigungen. Am letzten Freitag verurteilte nun das **Schöffengericht** in Waldenburg den Beklagten, die Behauptung und Verbreitung folgender Tatsachen:

1. die „Volksfürsorge“ verwende etwa 33% Proz. des Geldes ihrer Versicherter, um politische Demagogen zu besolden;
2. in sozialdemokratischen Blättern sei zu lesen gewesen, die „Volksfürsorge“ stelle 45 000 Beamte ein, die sie besolden müsse;
3. die „Volksfürsorge“ habe für den Posten eines Generalagenten 30 000 M. ausgezahlt;

zu unterlassen. Da auch andere Gegner der „Volksfürsorge“ mit den Fichtnerschen Behauptungen treiben gegangen sind, werden sich die Herren den Fichtnerschen Reintall wohl merken und die „Volksfürsorge“ jetzt mit derartigen Verleumdungen verschonen.

Ein oberpfälzischer „Schulpalast“.

Durch eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Waldmünchen, die eine Beileidigungsklage zum Gegenstand hatte, wurden eigenartige Schulverhältnisse beleuchtet. In dem Orte Tiefenbach ist vor einigen Monaten ein neues Schulhaus gebaut worden. Kurz nach dem Bezug erzählten Lehrer und Schüler, daß das neue Schulhaus „gewackelt“ habe. Ein in Ferien befindlicher Hochschüler schrieb darauf für ein Lokalblatt einen Artikel, in dem er die Sache behandelte und dem Erbauer des Schulhauses, dem hiesigen Bezirksbauinspektor, einige Liebeshinweise sandte. Das Bezirksamt ließ den jungen Mann verhaften. In der Verhandlung wurde nachgewiesen, daß das Schulhaus tatsächlich verschiedene schwere Mängel aufweist; ein Sachverständiger erklärte, wenn er etwas zu bestimmen hätte, würde er das Schulhaus schließen. Manche Familiendrüsen wollen sich weigern, ihre Kinder weiter in den gefährlichen Schulpalast zu schicken. Das Gericht verurteilte den Verfasser zu 30 M. Geldstrafe, weil er in der Form zu weit gegangen sei.

Rationale Arbeiterpolitik.

Die pommerischen Bändler waren am Sonnabend in Steffing zusammengekommen und haben sich dabei aufs neue gelobt, einig und geschlossen gegen die **FFF Sozialdemokratie** zusammenzutreten. Zur gleichen Zeit gab auf dem Gute Cabelsdorf bei Straßburg der Wirtschaftler einem polnischen Schnitter eine Ohrfeige, weil er seine Anordnungen nicht sofort befolgte. Die Landleute des Reichshandels eilten diesem zur Hilfe und der Wirtschaftler mußte froh sein, daß er mit einer tüchtigen Tracht Prügel davonkam. Während dem schied nicht weit von Cabelsdorf emigriert ein deutscher Landarbeiter freiwillig aus dem Leben, weil er keine Arbeit fand und so für seine acht Kinder kein Brot herbeischaffen konnte. — Billige ausländische Arbeitskräfte, die sich unter Umständen auch mit Ohrfeigen traktieren lassen, das ist eben das Ideal der pommerischen Agartier, und ihrem Nationalismus verschlägt es gar nichts, wenn dadurch deutsche Arbeiter zum Strich getrieben werden. Angefichts solcher Tatsachen wird die Sozialistenvernichtung der pommerischen Landbändler „durchschlagenden Erfolg“ haben.

Gerichtszeitung.

Zur Hammerstein-Reminiszenz.

Flora G a h, die frühere Geliebte des Chefredakteurs der „Neuzzeitung“ und Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Hammerstein, wurde am Sonnabend vom Strafgericht in Basel (Schweiz) zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust wegen Erpressung verurteilt. Ueber die Vorgeschichte der Anklage haben wir bereits in Nr. 62 des „Vorwärts“ vom 4. März d. J. berichtet. Als Anlagematerial lagen dem Gericht mehr als 200 Erpresserbriefe vor, die von Flora Gah an einen angesehenen baseler Arzt gerichtet waren. Der betreffende Arzt hat sich Anfang d. J. verabschiedet und in seinem Abschiedsbrief auf die Erpressungen der Flora, deren er sich nicht mehr erinnern konnte, hingewiesen. Er hatte im Jahre 1911 die Bekanntschaft der Flora Gah gemacht. In einem Brief an den Arzt schrieb sie, sie habe eine Beleidigung wegen Abtreibung gegen ihn ferngehalten, dafür verlange sie Unterstufung. Der Arzt hat dann auch noch und noch 10 000 Franken (8000 M.) an Flora Gah gezahlt, welche Summe ihr neben anderen Einnahmen ein recht hohes Leben gestatteten. Straferleichterung kam in Betracht, daß die Verurteilte wegen ähnlicher Delikte schon wiederholt das baseler Zuchthaus bezogen hatte.

Als Untersuchungsgefängnis gab sich die Flora auffallend religiös, sie ließ sich eine Bibel geben und predigte ihren Mitgefängnissen. Schade, daß Freiherr von Hammerstein sie nur als junge Q . . . und nicht auch als alte Reischweizer gekannt hat.

Die Geschäftspraktiken eines Detektivinstituts.

Welchen Wert das von den Detektivinstituten für **Ehebeileidungsprozesse** gelieferte Material hat, bewies wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wegling des Schöffengericht Berlin-Schöneberg stattfand.

Als Kläger trat der Redakteur Max G r o s s m a n n aus Charlottenburg gegen die Inhaberin des Detektivinstituts Wolff in der Wilhelmsstraße, Frau **W e i f f e r**, auf. — Der Kläger war durch an sich geringfügige Ursachen mit seiner Frau in Differenzen geraten, die dazu geführt hatten, daß sich die Eheleute trennten. Da Frau W. Anlaß zu haben glaubte, an der ehelichen Treue ihres Mannes zweifeln zu können, beauftragte sie ihn, ihr Bruder die jegige Angeklagte Weifferr mit der Beobachtung ihres Gatten. Die Angeklagte, die — wie sie vor Gericht angab — früher als Polizeigehilfin für das Berliner Polizeipräsidium tätig war, ist Inhaberin des Detektivinstituts Wolff, in welchem neben mehreren Detektiven auch ihr Ehemann beschäftigt ist. Frau W. mußte vor allem Dingen erst einmal 300 M. bezahlen, und dann wurde der Detektiv, der 17jährige frühere Diener Felix G o e h, an die Herren des zu beobachtenden Mannes geschickt. In den nun folgenden Berichten, welche Frau W. im Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit in dem Ehebeileidungsprozeß verwendete, wurde u. a. mitgeteilt, daß Herr G. sich nachmittags mit einer in der Judasstraße in Reußhagen wohnhaften Frau M. getroffen habe und diese dann ihm in seiner Wohnung einen einhändigen Besuch abgestattet habe. Ferner sollte der Kläger zu einer Frau von S. in Beziehungen gestanden haben. Wie der Frau W. weiter mitgeteilt wurde, sollte sich ihr Mann mit der Frau R., die demnach Mutter würde, obgleich sie schon längere Zeit von ihrem Manne getrennt lebe, buzen und sie auch wiederholt geküßt haben. Als sich dann in der Verhandlung

vor der Ehecheidungskammer heraufstellte, daß diese Berichte kein wahres Wort enthielten, beide Frauen unter ihrem Eide aussagten, daß sie Herrn Grohmann überhaupt nicht kennen, machte ihr Frau G. hierüber Vorwürfe. Wie sie gestern als Zeugin befandete, habe ihr die Angeklagte Pfeiffer darauf erwidert, sie solle nur ruhig an das Kammergericht gehen, sie würde dann selbst als Zeugin auftreten und ihre Geheimnisse mitbringen, die noch ganz andere Dinge über ihren Ehemann enthielten. Die Zeugin Frau A. bestätigte nochmals unter ihrem Eide, daß sie den Kläger überhaupt nicht kenne und auch niemals ein Kostüm getragen habe, wie es in dem Bericht genau beschrieben worden war.

Die Angeklagte erklärte auf eine Frage, daß sie die volle Verantwortung für die von ihrem Bureau ausgehenden Berichte abgeben müsse. Sie könne sich lediglich auf die Zuverlässigkeit ihrer Angestellten verlassen.

Das Gericht nahm an, daß die Angeklagte außerordentlich leichtfertig gehandelt habe, offenbar sei sie, wie die meisten Detektive, von der Ansicht ausgegangen, daß sie für ihr Geld auch etwas Positives liefern müsse, um ihre Auftraggeberin zufrieden zu stellen. Mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit sei aber von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen worden. Das Urteil lautete deshalb nur auf 150 M. Geldstrafe.

Ein „Herrenabend“ im Artistenklub „Roland“.

Der Prozeß gegen 25 Angeklagte, wobei es sich, wie schon mitgeteilt, um einen von dem Artistenklub „Roland“ in den „Pharus-Sälen“ in der Chausseestraße veranstalteten Herrenabend handelt, begann gestern in dem Schwurgerichtssaal des neuen Kriminalgerichts vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr. Die auf Verbreitung unzüchtiger Schriften, Erregung öffentlichen Aergernisses, Kuppelung und Dulden von Glücksspielen lautende Anklage wird von Staatsanwalt v. Bräde vertreten. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Theodor Liebkecht, Dr. Jul. Meyer, Dr. Donner, Artur Schulz, Dr. Rantowski, Dr. Frey und Dr. Schwindt.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Rechtsanwalt Liebkecht hat, soweit der bisher nur wegen Gewerbebetriebs vorbestrafte Angeklagte Wernau, der Inhaber der „Pharus-Säle“, in Frage kommt, öffentlich zu verhandeln, da ihm daran liege, öffentlich festzustellen zu sehen, daß er nach dem Verhalten der Polizei an eine Harmlosigkeit der ganzen Veranstaltung glauben mußte. Der Antrag wurde vom Gericht abgelehnt. Das Urteil wird, da circa 50 Zeugen zu vernehmen sind, erst morgen gefällt werden.

Der Schankwirt Robert Dreßler, Altonaer Straße 20, erfucht uns um Mitteilung, daß er mit dem in diesem Artistenklub „Roland“ Prozeß angeklagten Tanzlehrer gleichen Namens nicht identisch ist.

Schutz gegen Schulkleute.

Die Polizeierbeanten Himmerrmann und Wenzel Otton wurden von der Duisburger Strafkammer wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung verurteilt. Himmerrmann zu 4 Monaten Gefängnis, Otton zu 3 Monaten und einer Woche. Himmerrmann hatte ohne jede Veranlassung einem Schloffer, der ein Lokal verlassen wollte, einen Stoß versetzt, so daß der Schloffer hinfiel und mit dem Hinterkopf auf die Treppentstufe aufschlug. Als

der Schloffer sich erheben wollte, wurde er niedergeschlagen, dann von Otton durch eine Gasse geschleift und hierauf von beiden „Schulkleuten“ im Dunkeln mit Faustschlägen und Fußtritten maltreatiert, schließlich an einer Kette zum Nachtslokal gezogen.

Die Strafe geht kaum über die Mindeststrafandrohung von drei Monaten (§§ 340, 341 des Strafgesetzbuchs) hinaus. Beamten, die als „Schulkleute“ derartige grobe und feige Ausschreitungen begehen, wären noch milde bestraft, wenn auf soviel Jahre erkannt worden wäre, wie Monate erkannt sind. Die Häufigkeit solcher Ausschreitungen darf kein Anlaß zur Milde sein. Trotzdem muß man bei den Rechtszuständen in Preußen-Deutschland betonen: wenigstens wurde nicht der Mißhandelte, sondern die Schuldigen angeklagt.

Eine grausame Mutter.

Der sechsjährige eheliche Sohn der Frau Jean Kross wurde von seiner Mutter systematisch durch Schläge, Mißhandlungen und harte Behandlung (Hungernlassen, Aufenthalt in der Kälte) gemartert. Am 23. Februar wurde das Kind infolge einer Mißhandlung bewußtlos. Es wurde in das Krankenhaus gebracht und starb dort. Die Mutter wurde wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angeklagt. Das Duisburger Schwurgericht erkannte unter Verlesung mildernder Umstände auf 6 Jahre Zuchthaus.

Versammlungen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der Generalversammlung der Filiale Berlin erstattete der Kassierer Hoffmann den Jahresbericht für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit von 6661 auf 10 039 gestiegen, das ist eine Vermehrung von 378. Die Mitgliederzahl teilt sich in 9544 männliche, 390 weibliche und 105 jugendliche. Der Kassenbestand ist von 75 729,06 M. auf 70 045,24 M., also um 5684,72 M. zurückgegangen. Daß der Kassenbestand geringer geworden ist, hat seine Ursache nicht in einer Verminderung der Einnahmen. Diese sind sogar erheblich gestiegen. Aber die Ausgaben sind noch in höherem Maße gestiegen als die Einnahmen. Die Mehrausgaben fallen hauptsächlich auf die Arbeitslosenunterstützung. Sie ist von 11 477 M. im Vorjahre auf 28 237 M. im Berichtsjahre gestiegen. Das beweist, daß auch die Gemeindearbeiter von den Wirkungen der wirtschaftlichen Krise nicht unberührt geblieben sind. Auch die Krankenunterstützung hat eine Mehrausgabe erfordert. Sie betrug im Vorjahre 44 738 M., im Berichtsjahre 64 318 M. — Die gesamten Einnahmen der Haupt- und Lokalkasse betragen 335 440,87 M., die Ausgaben 341 125,59 M. Die Ausgaben übersteigen also die Einnahmen um 5684,72 M. Der Kassenbestand beträgt demnach 70 045,24 M. — Für Unterstützungen wurden im Berichtsjahre ausgegeben: In Sterbefällen 14 186 M., an Kranke 64 318 M., an Arbeitslose 28 237 M., an Streikende 253 M., an Gemahregelte 647 M., an Rollstuhlfahrer 2408 M., Rechtschutz 899 M., im ganzen 110 589 M. für Unterstützungswecke. Außerdem wurden für die allgemeine Weihnachtunterstützung der Arbeitslosen 5000 M. gezahlt. — In den vorhergegangenen Jahren ist die Vermehrung der Mitgliederzahl viel stärker gewesen, als im Berichtsjahre. Wenn die Steigerung jetzt nachgelassen hat, so liegt

das daran, daß der Verband alle für ihn in Frage kommenden Bestrebungen verfolgt hat. Es ist jetzt die Aufgabe zu erfüllen, auch diejenigen Arbeiter zu gewinnen, die schwerer zu haben sind, weil sie den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben. Eine intensive agitatorische Kleinarbeit muß betrieben werden, bei der jeder Kollege mitzubelfen hat.

Der Bericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Im übrigen erledigte die Versammlung eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten.

Auf der Tagesordnung stand auch eine Aenderung des Statuts, welche die Einführung des Delegiertenstems zur Generalversammlung bezweckt. Auf Antrag aus der Versammlung wurde dieser Punkt abgelehnt, weil eine frühere Versammlung das Delegiertenstems bereits abgelehnt hat.

Kennst Du das Land, wo dicke Eichen stehn?
Hast Du den kleinen Spreewald schon gesehn?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Ist Mann's Waldschloß in Schöneiche.



**Angenehmer,
weicher und elastischer Gang
Keine Erschütterung • Keine Ermüdung
Ungemein dauerhaft!**

Verlangen Sie von Ihrem
Schuhmacher ausdrücklich

Absätze Continental

Nur noch 3 Tage!



in denen Sie Ihre Garderobe für das kommende Pfingstfest besorgen resp. vervollständigen können!
Und bedenken Sie wohl, dass unsere Preise jetzt in keinem Verhältnis mehr stehen zu dem eigentlichen Wert, den unsere Sachen repräsentieren!

Kostüme
moderne Fassons und meistenteils auf Seide
9.75 12.75 15.75
19.75 22.50 29.50

Paletots
in Popelin und Alpaca, Sport- und Seidenjacketts, je nach Material
6.75 9.75 12.75
14.50 16.50 18.75

Blusen
Wash-Voile und Seide, nur streng moderne Fassons u. Verarbeitung in allen Preislagen
enorm billig!

Röcke
riesige Auswahl in allen modernen Genres, Schotten, Schwarz-weiß und Römerstreifen
enorm preiswert!

Kleider
hohlegant aus Seide, Washvoile etc. Wunderbare Hand- und Blumenstickerei, prächtige, aparte Garnierungen, lange und halblange Volants, ganz reizende Formen
spottbillig



Sonntags geschlossen!



Königstrasse 33
am Bhf. Alexanderplatz

Chausseestrasse 113
beim Stettiner Bahnhof

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.

Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Reigen der Bodenpreise parallel. So liegen in den erwähnten Rentamtsbezirken die Durchschnittspreise für je ein Hektar:

	in Gütern von 2-5 Hektar mäßiger Boden	von 5-20 Hektar mäßiger Boden	über 20 Hektar guter Boden
1900/02	100	100	100
1905	117,8	115,7	112,9
1906	134,8	118,3	156,1
1909	184,1	149,6	183,2

Mit Inkrafttreten der Zölle wurde die Steigerung der Preise also besonders rapide. In weiteren Ausführungen weist Brentano auf Grund der von ihm veröffentlichten Arbeiten nach, daß die Preissteigerung nicht etwa durch die Güterhändler — wie die Agrarier behaupten — verursacht worden ist, sondern daß auch die Nichthändlerpreise in gleicher Weise gestiegen sind. Der Güterschacher findet erst da Boden, wo die Preise infolge allgemeiner Ursachen steigen. Der Einfluß des Zolltarifs ist also unverkennbar. Dr. Hörens weist im einzelnen nach, daß von der durchschnittlichen Gesamtpreissteigerung in Höhe von 44 Proz. mindestens 1 1/2 Proz. als die Hälfte, unmittelbar auf den Zolltarif entfallen. Die Zolltarifhebung treibt eben notwendig auf dem Umwege über die Getreidepreise auch die Bodenpreise in die Höhe. Letzten Endes werden durch die Zolltarifhebung nicht nur die Konumenten ausbeutet, sondern auch die Entwicklung der Landwirtschaft geschädigt. Einen Vorteil hatten nur die damaligen Besitzer, wenn man nicht dem Geschrei der heutigen agrarischen Interessenten folgt, von neuem den Zolltarif zu erhöhen!

Faule Ansreden des Dr. Ludwig.

In seiner Rechtfertigung hat der erste Geschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie behauptet, daß er „nur aus Gefälligkeit auf Wunsch eines mir bekannten Kräftes Erkundigungen eingezogen“ und dann „gutgläubig weitergegeben“ habe. Demgegenüber stellt nun die „Volkswacht“ in Breslau fest, daß Herr Dr. Ludwig seine Dpfer systematisch durch Inserate in der kleinen und mittleren Provinzpreise anlockte und durch das gemeinsame Interesse an der „Diskretion“ an sich zu fesseln suchte. Die Spekulation mißglückte und Herr Ludwig tut gut, nachdem die Bombe geplatzt ist, die weitere Entwicklung der Dinge im Ausland abzuwarten. Der nun entlarvte Herr ist derselbe, der eine Menge sozialdemokratischer Blätter vor den Rädern zertrümmerte, weil sie seinen Verband einen „Reichsligenverband“ genannt hatten. Das konnte der wahrheitsliebende Dr. Ludwig nicht vertragen.

Wirtschaftlicher Generallstab.

Die Frage, wie in einem Mobilmachungsfalle die Ernährung der Bevölkerung sicher gestellt werden kann, bildet schon seit einiger Zeit den Gegenstand eingehender Erwägungen. Die periodische Aufnahme der Vorräte an Getreide soll die nötigen Unterlagen schaffen. Mit dieser wichtigen Frage hat sich der Wirtschaftliche Ausschuss dieser Tage unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück befaßt. In den Verhandlungen nahmen auch Sachverständige aus Handel, Industrie und Landwirtschaft teil. Ueber die streng vertraulichen Beratungen ist ein knapper Bericht der Öffentlichkeit übergeben worden, der u. a. befragt, daß von der Bildung eines besonderen Ausschusses für Fragen der wirtschaftlichen Mobilmachung Abstand genommen worden sei, die einschlägigen Fragen sollen vielmehr für den Bedarfsfall in dem für die Begutachtung wirtschaftlicher und handelspolitischer Fragen bereits seit 1897 bestehenden Wirtschaftlichen Ausschuss erörtert werden.

Erweiterung der Arbeiterauschüsse in den staatlichen Eisenbahnbetrieben.

Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach hat an die Eisenbahndirektionen einen Erlass gerichtet, in dem es heißt: „Der in den Eisenbahndirektionsbezirken Altona, Breslau, Köln, Danzig, Erfurt und Saarbrücken gemachte Versuch, auch den Arbeitern der kleineren Dienststellen ohne eigenen Arbeiterauschuss die Vorteile der Ausschussvertretung zuteil werden zu lassen, ist zufriedenstellend ausgefallen. Der Eisenbahnminister bestimmt deshalb, daß die Einrichtung beibehalten und nach folgenden Grundzügen allgemein eingeführt wird: 1. Die Arbeiter einer Dienststelle ohne eigenen Arbeiterauschuss haben das Recht, Anträge, Wünsche und Beschwerden, die nicht lediglich die Angelegenheiten einzelner betreffen, sondern die Arbeiter der Dienststelle oder einzelne Arbeitergruppen im ganzen betreffen, durch einen ihnen bezeichneten Arbeiterauschuss bei dem Amtsvorstand zur Sprache bringen zu lassen. Die Arbeiterauschüsse haben solche Anträge usw. wie die der eigenen Arbeiterauschüsse zu behandeln. 2. Auf jeder nicht durch einen eigenen Arbeiterauschuss vertretenen Dienststelle ist den Arbeitern der zur Ausschussvertretung bestimmten Ausschussmitglieder durch den Amtsvorstand bekannt zu machen. Ebenso sind dem Arbeiterauschuss die Dienststellen zu bezeichnen, deren Arbeiter sich nach der vorübergehenden Vertretung an ihn wenden können. 3. Bestehen für einen Amtsbezirk mehrere Ausschüsse, so bestimmt die Eisenbahndirektion den Wirkungskreis eines jeden: ist nur ein Ausschuss vorhanden, so dient er als Vertretung für den ganzen Amtsbezirk. 4. Amtsvorstand und positives Wahlrecht zum Ausschuss besitzen die ihm zugeteilten Arbeiter nicht. An den Ausschüssen nehmen sie nicht teil, jedoch sind ihnen die Sitzungsprotokolle durch Anschlag bekannt zu machen.“

Nach den gemachten Erfahrungen bedeuten diese staatlichen Ausschüsse für die Eisenbahnbetriebe nichts anderes als eine Dekoration; denn wirkliche Rechte haben sie nicht. Diese Rechte müssen den Ausschüssen der Staatsbetriebe erst noch erkämpft werden, und das geschieht nachdrücklich nur durch die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament.

Eine „ostelbische Vernehmung“.

In dem westpreussischen Dorf Frau ist ein Arbeiter beschuldigt, in der Fackelfabrik einen Diebstahl ausgeführt zu haben. Der Amtsdienner Pollakowski lud den Mann nach dem Bureau des Magazinsverwalters und stellte dort ein Verhör mit ihm an. Der Verdächtige bestritt die Tat und nun traktierte der Amtsdienner ihn mit Ohrfeigen. Vel der Fortsetzung der „Vernehmung“ zog der Mann der Gerechtigkeit sogar seinen Säbel. Der Arbeiter ließ sich diese Behandlung nicht gefallen, und so kam der Amtsdienner vor die Danziger Strafkammer. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 M. gegen den Amtsdienner; die Richter erkannten auf 100 M. Strafe.

Die Internationale des Nordkapitals.

Aus Rom wird uns geschrieben: Der bürgerlich-radikale Abgeordnete Giretti hat in der Kammer dargelegt, daß auch die italienischen Lieferanten für Meer und Marine dem internationalen Rüstungstrust angeschlossen sind. So haben die Stahlwerke Terni, die die Kanonen und die Panzerplatten liefern, seit Jahren innige Beziehungen zur Firma Krupp und zum italienischen Eisentrust. Terni und Trusi sind wieder mit den Werften Orlando und Odero im Einvernehmen und gleichzeitig hat der italienische Eisentrust ein Spezialabkommen mit dem deutschen Eisentrust, das den Zweck verfolgt, die

Eisenbahnschienen dem italienischen Staat für 220 Lire pro Tonne zu liefern, während unlängst zum Beispiel die preussische Regierung den Preis von 118 Mark (147 Lire) pro Tonne als zu teuer ablehnte. Die drei italienischen Firmen Terni, Odero, Orlando haben gemeinsam mit der englischen Firma Widors Brothers in Spezia eine Fabrik für Artilleriematerial gegründet. Die Gemueiser Werk Ansaldo hat die allerengsten Geschäftsbeziehungen zur englischen Firma Armstrong und zur französischen Fabrik Schneider. Die Firma Whitehead von Palermo läßt jetzt in Neapel im Verein mit der Società Italiana Ferramenta De Luca eine Torpedofabrik bauen, in der Kapitalien der Häuser Armstrong und Widors stecken. Dem französischen Konfortium Depont, das die Kanonen gleichen Namens baut, gehören zur gemeinsamen Ausnutzung eines Patents der französischen Stahlwerke von Chatillon Commentat die italienischen Stahlwerke Terni und eine piemontesische Gruppe von Eisenindustriellen an. Vorsitzender dieser Gruppe ist der Ingenieur Dante Ferraris von Turin. Dieser patriotische Herr hat 145 000 Lire für die nationale Tageszeitung gezeichnet, die demnächst in Rom erscheinen soll. Der Mann hat offenbar Interesse daran, daß „Italien in der Welt voran“ geht, denn er hofft, daß in diesem Vormarsch Kanonen gebraucht werden, die die französische Firma, mit der er im Bunde steht, zu liefern hat. Wenn es auch nicht durch das nationalistische Gebrüll zu Krieg und Blutvergießen kommt, so gelingt es doch immer, eine kleine Pami herauszubekommen, die eine vorzügliche Gelegenheit zum Durchsetzen neuer Rüstungen ist. Und das international vertrustete Nordkapital wartet geduldig auf die Gelegenheiten, die ihm der nationale Koller diesseits und jenseits der Alpen, diesseits und jenseits der Dogesen, im Baltan und am Mittelmeer bietet: ihm ist es gleich, wo es losgeht; die Hauptsache ist, daß man Kanonen braucht und alle die Nordinstrumente, die das internationale Kapital in patriotischer Bereitwilligkeit jedem liefert, der sie bezahlt.

Spanien.

Iglesias gegen die Marokkoabenteurer.

Madrid, 27. Mai. Kammer. Der Sozialist Pablo Iglesias erklärte, daß das Vorgehen Spaniens in Marokko für das Land von Nachteil sei. Wenn Spanien Marokko aufhebe, so würde das Gleichgewicht im Mittelmeer nicht erschüttert werden, aber wenn das Gleichgewicht einmal, aus gleichviel welchem Grunde, einmal aufgehört, so würden die Arbeiter einen Weltkrieg zu verhindern wollen. Iglesias meinte, daß Spanien sich durch Frankreich und England habe verleiten lassen, nach Marokko zu gehen und fügte hinzu, er habe sagen hören, daß die Besetzung von Tetuan einzig auf den Willen des Königs zurückzuführen sei. (Zwischenruf Maras: Niemals!) Iglesias warf dem König vor, die internationale Politik zu beeinflussen, und sagte: Jedermann wisse, was nach der portugiesischen Revolution geschehen sei. Der König gebe und nehme den Ministern die Macht. (Widerspruch.) Da Iglesias seine Aeußerungen wiederholte, so kam es zu lebhaften Zwischenrufen der Ministerien, worauf Ministerielle, Sozialisten und Republikaner wild durcheinander schrien. Es herrschte ein ohrenbetäubender Lärm. Einige ministerielle Abgeordnete vertieften ihre Plätze und schrien den Republikanern zu: Es lebe der König! Die Republikaner antworteten mit dem Rufe: Es lebe die Republik! Der Präsident hob die Sitzung auf. Der Lärm setzte sich noch eine Zeitlang in den Wandelgängen der Kammer fort.

Amerika.

Die Mindestlohnfrage.

Der erste Bericht der Mindestlohnkommission von Massachusetts (über das zweite Halbjahr 1913) gibt eine Darstellung des Entstehung und des Inhalts des in der Union zuerst von diesem Staate erlassenen Gesetzes. Im Jahre 1911 wurde auf die Petitionen von Vertretern einer Reihe an sozialen Problemen interessierten Vereinen von der Staatslegislatur (Landtag) die Einsetzung einer Kommission von fünf Mitgliedern beschlossen, die die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter prüfen und über die Notwendigkeit der Einsetzung von Lohnämtern zur Untersuchung der Lohnverhältnisse und Festsetzung von Mindestlöhnen Bericht erstatten sollte. Die Kommission untersuchte die Arbeitsbedingungen in Konfektionsfabriken, Bäckereien und Detailgeschäften und stellte fest, daß eine große Zahl achtzehnjähriger und älterer Frauen zu sehr niedrigen Löhnen beschäftigt sind. Es ist unbestreitbar, daß ein großer Teil eine Bezahlung erhält, die für die notwendigen Lebensunterhaltungskosten nicht ausreicht.“ Sie empfahl die Einsetzung einer ständigen Mindestlohnkommission von drei Mitgliedern, die überall, wo ihr die Löhne einer beträchtlichen Anzahl weiblicher Angestellter nicht ausreichten für einen gesunden Lebensunterhalt erschienen, Untersuchungen veranstalten sollte. Erforderlichenfalls sollte sie dann Lohnämter, bestehend aus sechs Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer und mehreren Unparteilichen, einsetzen, die der Kommission Lohnvorschlüge machen sollen. Nach Bildung dieser durch die Lohnkommission sollen sie als Mindestlöhne für die betreffende Branche bekanntgegeben werden. — Die Legislatur erließ ein Gesetz im Sinne dieses Vorschlages. Eine wesentliche Abschwächung erfolgte dadurch, daß an Stelle der für zurückgehende Arbeitgeber vorgesehenen Strafen die öffentliche Nennung der Namen gesetzt, mithin der Vollzug des Gesetzes in den guten Willen der Unternehmer und einen etwa von den Konumenten auszuübenden Druck gelegt wurde. Ähnliche Gesetze wurden 1913 in weiteren acht Staaten erlassen. Davon haben California, Colorado, Minnesota, Nebraska, Oregon, Washington, Wisconsin ebenfalls Kommissionen wie Massachusetts eingesetzt, während Utah Mindestlöhne für Frauen und Jugendliche durch Gesetze vorgeschrieben hat. In Connecticut, Michigan und New York sind vorbereitende Untersuchungskommissionen eingesetzt worden, während in mehreren anderen Staaten solche Vorlagen abgelehnt wurden. — Hinsichtlich des Vollzugs begünstigt sich auch Nebraska mit der Veröffentlichung der die Zahlung des Mindestlohnes verweigern den Unternehmer, während die übrigen diesen Ungehorsam als Vergehen behandeln. In California, Oregon und Washington führen die Kommissionen die Bezahlung: Gewerbliche Wohlfahrtskommission. In letzterem Staate gehört zu ihren Aufgaben auch die Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen, jedoch nicht der Arbeitszeit. In den beiden anderen Staaten haben sie auch die Höchstdauer der Arbeit festzusetzen.

Aus Industrie und Handel.

Trotz schlechter Konjunktur keine Preiserhöhung.

Die drei wichtigsten Verbände der Eisenindustrie, der Stahlwerkverband, der Roheisenverband und der Walzdrahtverband, haben sich gestern mit der Preisfestsetzung für das dritte Quartal 1914 beschäftigt. Trotzdem die Konjunktur auf dem Eisenmarkt bekanntlich eine schlechte ist, der Absatz sinkt und die Produktion zurückgeht, haben alle drei Verbände beschlossen, keine Preiserhöhung vorzunehmen, sondern die Preise unverändert zu lassen.

Natürlich sollen nur die inländischen Abnehmer, die durch den Eisenzoll an dem Materialbezug aus dem Ausland gehindert werden, die hohen Preise weiter zahlen. Der Verkauf nach dem Auslande, wo man der durch keine Zölle geschützten Eisenindustrie Konkurrenz muß, darf ausdrücklich zu niedrigeren Preisen gechehen.

Die Konjunktur auf dem Eisenmarkt ist nach wie vor schlecht und bietet der Preispolitik der Verbände keine Stütze. So muß der Stahlwerkverband in seinem Situationsbericht erneut eingeschrieben, daß die Absatzverhältnisse „ruhig“ liegen und keinerlei Neigung für langfristige Verträge vorhanden ist. Der Roheisenverband sieht sich sogar genötigt, auch Preisnachlässe für das Ausland zuzulassen, falls die ausländische Konkurrenz dazu zwingen sollte. Trotz des hohen Einfuhrzolles auf Roheisen kann also das Ausland auch in Deutschland noch billiger liefern, als es der Roheisenverband tut.

Vierprozentige Renten in Frankreich.

Auch in dem Rentnerstaat Frankreich sieht sich die Regierung angezogen des Kursrückganges der französischen Anleihen gezwungen den Käufern einen größeren Anreiz durch Erhöhung des Zinsfußes zu bieten. In der französischen Presse wird mitgeteilt, daß die von der französischen Regierung garantierte marokkanische Anleihe, die im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen wird, eine vierprozentige sein und etwas unter dem Nennwert angeboten werden wird. Wenn diese Anleihe auch nicht einer direkten französischen gleichgestellt werden könne, so scheint es doch unmöglich, daß das französische Publikum sich betriebs der geplanten Anleihe mit einem geringeren als vierprozentigen Zinsfuß begnüge. Auch müsse die Anleihe unter dem Nennwert abgegeben werden und den Zeichnern die Bürgschaft gegeben werden daß die neue Rentenleihe keiner Steuererhebung ausgesetzt sein werde.

Der Handel Englands mit den Hauptverkehrsländern. Nach einer Zusammenstellung der Handelsamts betrug die Einfuhr des Vereinigten Königreiches im Jahre 1913 und die Ausfuhr 1912 im Werte mit folgenden Ländern (in 1000 Pf. Sterl. zu 20,43 M.):

	Einfuhr	Ausfuhr
Kanada	30 488	25 708
Australien	58 066	88 589
Neuseeland	20 388	12 391
Südafrika	12 301	22 940
Zus. weiche Kolonien	101 223 (2068 Mill. M.)	102 626 (2096,6)
Vereinigte Staaten	141 682	58 862
Deutsches Reich	80 411 (1612,6)	41 429 (846,4)
Frankreich	46 353	41 986
Argentinien	42 485	28 728
Rußland	40 271	15 026

Zusammen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, China, Japan war der Gesamtverkehr: Einfuhr 7977 Mill. M., Ausfuhr 4988 Mill. M. Von dieser Gesamteinfuhr von rund 10 045 Mill. M. waren nur 688 Mill. (6,3 Proz.), von der Ausfuhr 4440 Mill. (62,8 Proz.) zollpflichtig. Das heißt: England läßt fast sämtliche eingehenden Waren zollfrei ein, trotzdem als Abnehmer seiner Ausfuhrartikel fast nur Länder mit Hochschutzzoll in Betracht kommen.

Der Aufschwung des deutschen Schiffbaues. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Werften hat in den letzten 15 Jahren eine Steigerung erfahren, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts auch optimistische Beurteiler wohl nicht für möglich gehalten haben. Auch wenn man nicht gerade technische Rekordleistungen, wie den Bau der Dampfer „Imperator“ und „Vaterland“ zum Maßstab nimmt, sondern die Gesamtproduktion des deutschen Schiffbaues in den Jahren 1898 bis 1913 aufwerfend verfolgt, wird man zu überraschenden Ergebnissen kommen. Nach den statistischen Aufstellungen des „Germanischen Lloyd“ ergeben sich nämlich für diesen Zeitraum folgende Vergleichsziffern über Zahl und Brutto-raumgehalt der auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffe:

Jahr	Zahl Schiffe	Reg.-Tons	Kaufahrtsschiffe	Reg.-Tons	Kriegsschiffe	Zahl	Reg.-Tons
1898	55	82 820	280	424 090	184	89 651	
1911	62	188 434	1 076	885 832	182	25 203	
1912	45	176 532	1 150	1 286 468	176	19 731	
1913	54	161 780	1 216	1 345 877	168	22 310	

Demnach waren im Jahre 1913 insgesamt 1438 Schiffe mit einem Raumgehalt von zusammen 1 520 067 Register-Tons im Bau, gegen 328 Schiffe mit 546 461 Register-Tons im Jahre 1898. Die Steigerung war bei weitem am stärksten bei den Kaufahrtsschiffen. Der Aufschwung der deutschen Werften ist die unmittelbare Folge der kräftigen Entwicklung des deutschen Ueberseehandels und Seeverkehrs. Die Aufträge ausländischer Besteller haben die Zahl nach in den letzten 15 Jahren auch vermehrt, die in Betracht kommende Tonnage hat sich jedoch etwas verringert. Auf ausländischen Werften befanden sich im Jahre 1913 für deutsche Rechnung 182 Schiffe mit 48 804 Register-Tons im Bau, gegen 58 Schiffe mit 103 406 Register-Tons im Jahre 1898. Berücksichtigt man den ungeheuren gewöhnlichen Bedarf der deutschen Reedereien, so ergibt sich, daß es den inländischen Werften gelungen ist, die ausländische Konkurrenz hier fast vollkommen aus dem Felde zu schlagen.

Letzte Nachrichten.

Die neueste Kundgebung des Papstes.

Rom, 27. Mai. In der Rede des Papstes hatte nach dem „Operatore Romano“ die Stelle über die katholischen Vereine folgenden Wortlaut: „Hört nicht auf, zu wiederholen, daß der Papst die katholischen Vereine liebt und anerkennt, die auch das materielle Wohl im Auge haben, daß er aber immer betont, daß die moralischen und religiösen Güter dabei den Vorrang haben und daß das berechtigete und lobenswerte Bestreben, das Los der Arbeiter und Mithürger zu bessern, immer mit der Liebe zur Gerechtigkeit und dem Gebrauch gesetzlicher Mittel Hand in Hand gehen müssen, um die Harmonie und den Frieden unter den verschiedenen sozialen Klassen aufrechtzuerhalten. Sagt ferner, daß die gewissenhaften Vereine und Verbindungen mit Nichtkatholiken zwecks Besserung des materiellen Wohl unter gewissen determinierten Bedingungen gestattet sind.“

Ehren des Nordpolfahrers Andree?

Stockholm, 27. Mai. Wie dem schwedischen Ministerium des Auswärtigen von der schwedischen Gesandtschaft in Petersburg unter dem 25. d. M. mitgeteilt wird, ist dort von Jakuzsk im Sibirien folgendes Telegramm eingegangen: „Teile mit, daß Spuren des Nordpolfahrers und Luftschiffers Andree gefunden sind. Ich habe in einem eisernen liegenden Harnald Reste eines alten Luftballons gefunden und lege die Untersuchung fort. Wer in Schweden interessiert sich für diese Sache? Bergingenieur Grotowski.“ — Die Zeitung „Societats Handels och Sjofarts Tidning“ hat sich an Professor Otto Nordenskiöld gewandt, der den Inhalt des Telegramms angezweifelt, da der Ort des Ballonsfundes zu weit von dem Auftriebsort Andrees in Spitzbergen gelegen sei. Wenn die Ballonreste im wechlichen Sibirien gefunden worden wären, wäre es wahrscheinlich gewesen, daß es sich um Andrees Ballon handelte. Eine direkte Unmöglichkeit, daß der Ballon in Ostibirien gelandet ist, besteht jedoch nach der Ansicht des Professors Nordenskiöld nicht.

Verband der sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins u. Umg.

Heute Donnerstag, den 28. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen der sechs Berliner Wahlkreise.

Erster Wahlkreis:

Corona-Prachtsäle, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Wahl des Gesamtvorstandes und Bestätigung der Abteilungs- und Bezirksleiter. 4. Bericht der Kommissionen und Neuwahl derselben. 5. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung und Bestätigung der Delegierten. 6. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zweiter Wahlkreis:

Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, sowie Bericht der Kommissionen. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen. 3. Wahl des Kreisbildungsausschusses sowie des Zentralwahlkomitees. 4. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 5. Vorschläge der Delegierten zum internationalen Kongress in Wien. 6. Verschiedenes.

Dritter Wahlkreis:

Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Bericht der Revisoren und Kommissionen. 2. Wahl des Vorstandes und der Mitglieder zu den Kommissionen. 3. Bestätigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Kreisangelegenheiten, unter anderem ein Antrag der Funktionäre auf Anstellung eines Kassierers resp. Sekretärs.

Vierter Wahlkreis:

Urania, Wrangelstraße 10/11.

Tagesordnung:

1. Vorstands-, Kassen-, Revisions- und Kommissionsberichte. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen. 3. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Beratung und Beschlussfassung über eingegangene Kreisankträge. 5. Verschiedenes.

Nachstehende Anträge stehen zur Verhandlung:

Zu § 10 der Ausführungsbestimmungen ist einzufügen: 1. Sind für die einzelnen Posten nur soviel Personen in Vorschlag gebracht, als zu wählen sind, dann findet die Wahl in der Generalversammlung statt. 2. Für die Hauptbibliothek ist alljährlich eine siebengliedrige Kommission zu wählen. 3. Der „Vorwärts“ ist im Wochenabonnement von 25 Pf. zu liefern.

Fünfter Wahlkreis:

Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Diskussion. 4. Antrag auf Einrichtung eines Bestattungsfonds im 5. Kreise.

Sechster Wahlkreis:

Germania-Säle, Chausseestraße 110.

Tagesordnung:

1. Bestätigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Wahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. 5. Erledigung der gestellten Anträge. 6. Vorschlag der Delegierten zum internationalen Kongress.

Die Besetzung der Versammlungen im vierten und sechsten Wahlkreise erfolgt durch Delegierte.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch resp. Delegiertenkarte legitimieren.

Die Vorstände.

Sechster Wahlkreis.

Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung am Freitag, den 29. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr, für den 34. Kommunal-Wahlbezirk in den Borussia-Festjalen, Ackerstraße 6-7.

Tagesordnung:

Wen wählen die Wähler des 34. Kommunalwahlbezirks am 7. Juni ins Rathaus? Referent: Stadtverordneter Karl Leib.

Freie Diskussion. — Aufstellung eines Kandidaten.

228/14*

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Am Freitag, den 29. Mai 1914, abends 6 1/2 Uhr, in P. Obiglos Festjalen, Koppenstraße 29:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unser neuer Lohnarif. 2. Verschiedenes.

In dieser Versammlung werden gegen Vorgehung des Mitgliedsbuchs die neuen Tarife unentgeltlich abgegeben; später nur gegen Bezahlung.

Das Verbandsbureau wird am Freitagabend mittags 1 Uhr geschlossen. Die Bureauarbeiten beginnen wieder am Mittwoch, den 3. Juni. Das Einschreiben der Arbeitslosen erfolgt am Mittwoch, den 3. Juni, von 10-12 Uhr.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Der Feiertage wegen ist der Arbeitsnachweis am Sonnabend, den 30. Mai, nachmittags geschlossen.

Am Montag, den 1. Juni, und Dienstag, 2. Juni, bleibt der Arbeitsnachweis den ganzen Tag geschlossen.

119/8

Die Ortsverwaltung.

Wo machen wir unsere Partien hin?

Nach Fangschleuse Rest. am Werlsee.

Das älteste und größte an Wald und Wasser gelegene Gartenlokal. Bequem von Berlin durch den Wald oder per Wasser zu erreichen. 22306

Fr. Kerolewski.

Tel. Amt Ortner 23.

Vertrieb v. Erzeugnissen sächs. Gärtnerei-Fabriken

Johann Pellot u. Co., Kommanditgesellschaft.

Unser Original-Preise sind verbürgt nur:

- C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Platz.
- S. Oranienstraße 37, nahe Oranienplatz.
- S. Kottbuser Damm 65, Neukölln, nah. Hermannpl.
- C. Neue Königstr. 61/64, Zentrale und Versand.
- O. Frankfurter Str. 5/6, Ecke Fruchtstraße.
- O. Niederbarnimstraße 13, Ecke Boxhagener Straße.
- O. Grüner Weg 26, gegenüber der Markthalle.
- N. Schönhauser Allee 83, nah. Hochbahnst. Nordring.

Gärtnerei-Reste

Einzelne Fenster

Künstler-Gärtnerei, bunte Etamine-Garnituren, Bettdecken

ganz besonders preiswert.

Spezialhaus allergrößten Stils mit Einzelverkauf.



Teilzahlung 50 Pf. an

Klappstuhlwagen, Kinderwagen, Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, Wäsche, Portieren, Gardinen, Teppiche, Stoppdecken, Tischdecken, Möbel, Polsterwaren, bunte Küchen, Spiegel, Bilder, Betten, Uhren, Zithern, Grammophone

F. & H. Schmidt, nur 1. Etage.

Drei

Tropfen

Kaol

geben schmutzigstem Metall Dauerglanz Unentbehrlich für Autos

Überall zu haben in Flaschen.

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Simillseide in den Farben 4²⁵ bis 21⁰⁰

Seidener, bord., blau, oliv 8⁵⁰ bis 27⁰⁰

Wollatlas 21⁰⁰ bis 125⁰⁰

Schlafdecken 2⁵⁰ bis 36⁰⁰

1 Partie Schmitterdecken ... 1⁵⁰

Nach auswärts per Nachnahme.

Spezial-Katalog

(650 Abbild.) grat. u. franko.

Katalog auf Wunsch gratis!

Möbel-Lechner

I. Geschäft: Brunnenstr. 7 am Rosenthaler Platz II. Geschäft: Müllerstr. 174 Ecke Fensterstraße, I. Etage

Wichtig für Brautleute!

1 Stube u. Küche M. 170 wöchentl. M. 150 | 1 Stube u. Küche M. 200 wöchentl. M. 200

Große Auswahl in besseren Wohnungs-Einrichtungen Herren- und Speise-Zimmer Einzelne Möbelstücke

Vorzeiger des Inserats erhält bei Kauf einer Wohnungseinrichtung M. 10 gutgeschrieben.

Sonntags v. 8-10 Uhr geöffnet!

186/16*

Parteiangelegenheiten.

Lichtenberg. Am ersten Feiertag veranstaltet die Jugend-

Steglich. Die Genossen werden aufgefordert, sich heute abend

Berliner Nachrichten.

Zu Wasser geworden.

Ein großer Tag sollte er werden, der 27. Mai, in der

Voran der Gemeindevorstand. Er hatte eine besonders

Das Lichterfelder Ortsblatt tat ein übriges. Es erschien

In den höchsten Tönen wird das gute Gedenken

Und dann die Festtrage in carmoisinroter Ausfertigung!

Die Feier war bald beendet; sie ist in des Wortes

Der „große Tag“ war verpflückt, genau so wie der

Verufsvormund und Taufe.

Fortgesetzt gehen uns Klagen zu über die städtischen

Wir finden die Art, in der hier verfahren wird, direkt

Eine fette Pfründe.

In der Großen Frankfurter Straße 19 wohnt ein sehr menschen-

Herr geb. zu wohnhaft jetzt

. wird von mir, vom ab, mit 50 M. in Buch-

haben fünfzig Mark monatlichem Gehalt und freier Wohnung,

Derfelbe verpflichtet sich die Kontrolluhr alle

Sollte Herr in der Zeit krank werden und er mir keine

Herr verpflichtet sich, während der Dienstzeit sich mit

Während des Dienstes ist eine Dienstmütze zu tragen. Auch

Wenn Herr sich nichts zu schulden kommen lassen hat, erhält

Herr verpflichtet sich, in den nächsten Tagen die 50 M.

Man muß den Vertrag, den Herr Freundlich schließt, zweimal

Mehrung der Kostleidenden.

Die Armenpflege der Stadt Berlin ist im Ver-

In den beiden Verwaltungsjahren 1912 und 1913, d. h. in den

Ein ganz anderes Bild erhält man aber bei Betrachtung

Die Ursache dieser Steigerungen ist bekannt. Sie erklären sich

Die Massenschwindelien

des Hausdieners und Landarbeiters Dürkopff und seine Wehmesche

Dedung auch der Ansprüche, die bisher geltend gemacht worden

Das Märkische Museum bleibt am 1. Pfingstfeiertag ge-

Die städtische Blindenanstalt empfiehlt auch in diesem

Jahre zur bevorstehenden Reisezeit die von ihren Zöglingen

Die unbefehrbare Armendirektion.

Wenn sich's für die Armendirektion der Stadt Berlin um eine

Es handelt sich — er wünscht ausdrücklich die Kennung seines

Ramens — um einen Schriftsetzer Paul Jettkenhauer, der

Jettkenhauer, der trotz wiederholter Zurückweisung des irrtüm-

Ein Familiendrama in Charlottenburg.

Eine stürzende Ehefrau hat sich gestern nachmittags gegen

um Hilfe und Brauch dann zusammen. Nachbarn brachten den Schwerverletzten auf die nächste Anfallstation von wo aus der behandelnde Arzt ihn in das Krankenhaus Westend schaffen ließ. Frau W. wurde durch einen hinzugerufenen Schuttmann verhaftet und in das Charlottenburger Polizeipräsidium gebracht.

Eindreher an der Arbeit. Eindreher aller Art waren auch in der gestrigen Nacht wieder eifrig tätig. Geldstranknader suchten das Grundstück Große Frankfurter Straße 123 heim. Quersdrängen sie mit Nachschlüssel in die im zweiten Stockwerk des Luergebäudes belegenen Kontorräume der Möbelhandlung von Neufisch ein, erbrachen das Geldschloß, fanden darin aber nur ungefähr 100 Mark. Nachdem sie dann in dem Privatort des Geschäftsinhabers eine flache Wein getrunken und mehrere Cigarren geraucht hatten, die sie dort vorfanden, begaben sie sich neu gekleidet nach dem dritten Stock, kanelten die Büreauräume des Tischlermeisters Hecht auf und machten sich auch hier an den Geldschrank. Ihre Arbeit war aber ohne Erfolg. Sie vermaßten den schmer gepanzerten Schrank nicht zu überwinden und zogen schließlich nach mühevoller Arbeit „unbelohnt“ davon.

Reiche Beute machten Geschäftseindreher am Kollendortplatz 7 in der optischen Zentrale von Hermann Richter. Hier erbrachen die Diebe eine Pluratur und nahmen außer der Bekleiderkasse für ungefähr 5000 M. Ware, Operngläser, Kreiser, Fernstecher und allerhand andere optische Instrumente mit.

In der Salzburger Str. 10 zu Schöneberg schnitten sie ein Loch in die Glasheide der Ladentür, öffneten diese und drangen so in die Zigarrenhandlung von Klemke ein, aus der sie einen größeren Posten Zigarren und Zigaretten stahlen.

Schäufensereindreher schlugen das Schaufenster der Blumen- und Stickerhandlung von Gebrüder Kay in der Turmstr. 20 ein und angelten aus dem Fenster Blumen, Krüge und Stickeren.

Für ungefähr 1000 M. Lederwaren, besonders Damenhandtaschen, erbeuteten Eindreher in der Mitterstr. 92 bei der Firma Ludwig Jakob. Mit einem Nachschlüssel verdrängten sie sich hier Eingang in die im dritten Stockwerk belegenen Räume.

Der Raubüberfall in der Kochstraße, über den wir in unserer Monatsnummer berichteten, hat gestern zu der Verhaftung der beiden Rauschen geführt, die die Kassiererin Fraulein Emma Studt am Sonntagabend überfielen und zu berauben versuchten. Es handelt sich um einen früheren Häftlingsgefangenen Karl Lange und um den Schlächtergehilfen Rudolf Schneider. Letzterer trat sich mit dem Plane, Fraulein Studt zu berauben, schon seit Februar 1913. Damals war er in einer Schlächtereier in dem Hause Kochstraße 2 beschäftigt gewesen und hatte bei der Gelegenheit Fraulein Studt und deren Gepflogenheiten kennen gelernt. Es fehlte ihm aber immer der Mut, die Tat allein auszuführen. Jetzt hatte er in Lange einen Helfershelfer gefunden, mit dem zusammen er die Tat verabredete. Lange hatte sich in einer Kasse durch ein die Tat herbeiführendes Gespräch verdrängt gemacht und die Kriminalpolizei, auf ihn aufmerksam gemacht, verhaftete ihn sowohl wie Schneider in dem Augenblick, als sich beide ein Steckschloß gegeben hatten.

Der Mörder der Witwe Wahler aus der Weberstraße ist noch immer nicht ermittelt worden. Das Polizeipräsidium hat jetzt eine Belohnung in Höhe von 2000 M. ausgesetzt. Es liegt sehr daran, daß sich die drei Leute, zwei Männer und eine Frau, die den ersten am Freitag, den 15. d. M., eiligen Schrittes folgten, als sie das Grundstück Weberstr. 15a verließen, noch melden würden. Die Tat muß kurz nach dem Eintritte der Mittagsmahlzeit verübt worden sein, denn die Obduktion der Leiche ergab, daß die Geringe vorher Nahrung zu sich genommen hatte. Der Täter hat lediglich nach barem Gelde gesucht und solches auch wahrscheinlich bei der Frau Wahler gefunden. Außerdem hat der Täter ein grünes Leinwandbuch der Armenverwaltung Berlin, lautend auf Frau Juliane Wahler, geb. Giesmann, 26. 7. 87 in Glöwin in Ostpreußen geboren, mitgenommen. Alle Personen, besonders die Bewohner der Weberstraße, werden ersucht, Mitteilungen, die sie über den Verbleib der Mörder und über die Person des Täters machen können, unverzüglich der nächsten Polizeibehörde mitzuteilen. Meldungen werden auf dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz und auf jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Das Berliner Aquarium hat kürzlich eine brütende Riesenschlange von der bekannten Reptilienfirma Scholze u. Köhler erworben. Das Tier, eine sogenannte dunkle Tigerschlange, war mit anderen Artgenossen vor etwa zwei Monaten aus Kalluga eingeführt worden und hatte sich am 3. Mai zum Eierlegen angeeignet, worauf es sofort die Bebrütung begann. Um die Schlange bei der Ueberführung von der Alexanderstraße nach ihrem neuen Heim möglichst wenig zu stören, wurde sie mit samt ihrem Behälter in das Riesenschlangen-Terrarium gebracht. Die drabe Mutter hat sich in ihrem Brutgeschäft nicht stören lassen, so daß Hoffnung besteht, daß die jungen Schlangen in etwa fünf Wochen die Hüllen sprengen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 31. Mai (erster Feiertag): Ausflug nach Strausberg. Abfahrt des Zuges nach Strausberg: Alexanderplatz 7.13, Schleißer Bahnhof 7.19, Treffpunkt für Radfahrer bis 10 Uhr Restaurant „Dungriger Wolf“; von 12 Uhr mittags ab Restaurant „Süßmühle“ (Fab. J. Gärtner) am See; von 3 Uhr ab Treffpunkt bei A. Bennenow, Jägerstr. 10, im Annatal gelegen. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst Angehörigen wird erwartet.

Verkehrsbeschränkungen am Paradedage.

Aus Anlaß der am 29. Mai d. J., vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade, werden von etwa 7 Uhr morgens an bis zur Beendigung der Parade die Tempelhofer Chaussee sowie die nach dem Paradedeile führenden Straßen für den Fuhrwerkverkehr nach Bedarf gesperrt. Während dieser Zeit wird der Betrieb der Straßenbahnen auf den vorgenannten Straßen abgeleitet oder eingeschränkt. Ebenso erleidet mit Beginn des Rückmarches der Truppen der Omnibusverkehr gewisse Beschränkungen. Auf der Paradedeile östlich der Tempelhofer Chaussee werden nur solche Autos zugelassen, deren Inhaber mit polizeilichen Wasserarten versehen sind. Diese Wagen haben ihre Zufahrt durch die Velleallianzstraße zu nehmen und durch die Schwiebuser Straße auf das Feld einzubiegen. Für die Tribünenbesucher gelten die auf den Karten aufgedruckten besonderen Bestimmungen. Marketenbetriebe und Restaurationsbetriebe sind auf dem Tempelhofer Felde nicht geduldet. Das Aufstellen von Stühlen, Handwagen und ähnlichen Mitteln zum besseren Sehen ist nicht gestattet. Sollte sich die Zeit des Beginnes der Parade ändern, so finden die vorsehend erwähnten Zeitangaben sinntsprechende Aenderung.

Vorortnachrichten.

Spandau. Die Wahlen der Beisitzer zum Versicherungsausschuß Spandau finden heute, am 28. Mai, nachmittags von 5—8 Uhr statt. Die Wahlen selbst sind geheim und es ist Pflicht eines jeden Wählenden, seine Stimme der Liste C zu geben, die Garantie bietet, daß die Interessen der Arbeiter vor dem Versicherungsausschuß vertreten werden. Tue also jedermann seine Pflicht, damit die Liste C gewählt wird. Wahlzettel vor dem Wahllokal.

Schöneberg. Die Zweigstelle I der Schöneberger Sparkasse wird heute, am 28. Mai, von Hohenstaufenstr. 49 nach Mohrstr. 34, Ecke Gamburger Straße, verlegt, sie ist deshalb für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Am 29. Mai wird die Kasse im neuen Geschäftlokal wieder eröffnet werden.

Charlottenburg.

Pflichtstundenordnung für die Lehrkräfte an den Charlottenburger Hülsschulen. Für die Lehrer an den Charlottenburger Hülsschulen galt bisher eine von den Gemeindeführern abweichende Pflichtstundenordnung. Nach einem Beschlusse des Magistrats ist künftig für die Lehrkräfte an den Hülsschulen dieselbe Pflichtstundenordnung wie für die Gemeindeführer maßgebend. Danach beträgt die Pflichtstundenzahl für Rektoren bis zum 50. Lebensjahre 12, vom 51. Lebensjahre ab 10, für Lehrer bis zum 50. Lebensjahre 27—29, bis zum 40. Lebensjahre 24—28, bis zum 30. Lebensjahre 25—27, vom 31. Lebensjahre ab 24—26, für wissenschaftliche Lehrerinnen in den entsprechenden Altersstufen 24—26, 23—24, 22—23 und für Handarbeitslehrerinnen 25—26, 24—25, 23—24, 22—23, wobei nach Möglichkeit die Mindeststundenzahlen zugrunde gelegt werden sollen.

Esterverein für freie Erziehung. Dienstag, den 2. Juni (dritter Feiertag), findet ein großer Familienausflug nach Pankow statt. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr pünktlich vor dem Bahnhof Jungfernheide. Kinder der Mitglieder erhalten freie Fahrt. Für Radfahrer zur Kaffeepause im Restaurant zum Lindenpark am Bahnhof Pankow. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an dem Ausflug teilnehmen.

Steglitz.

Für die Gemeindeführer ist heute der zweite und letzte Wahltag. Die Hausbesitzerpartei arbeitete schon gestern mit Hochdruck und wird heute ihre Anstrengungen verdoppeln. Sie wird sogar von der Polizei unterstützt, die das Herumtragen eines Plakats mit einer Empfehlung unserer Kandidaten Krug und Leimbach verbietet. Parteigenossen! Versäume niemand die Wahl. Jede Stimme ist nötig. Bis gestern abend war das Ergebnis: Sozialdemokraten 661, Hausbesitzerpartei 611 Stimmen.

Weißensee.

Abwurf vom Bangeräß. Auf dem Neubaugrundstück hinter dem Realgymnasium hat sich vorgestern nachmittags ein folgenschwerer Unfall zugetragen. Ein Bauarbeiter, der auf dem Gerüst in der Höhe des zweiten Stockwerks zu tun hatte, beugte sich während der Arbeit etwas zu weit über die Brüstung hinweg, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. In brennungslosem Zustande wurde der Verunglückte, der schwere Verletzungen erlitten hatte, vom Plage getragen und nach dem Krankenhaus gebracht.

Rosenthal.

Wegen Liebeskummer unternahm die hier bedienstete 25jährige T. aus der Fontanestraße einen Selbstmordversuch. Nach Empfang eines Abschiedsbriefes des Geliebten vergiftete sie sich das Mädchen mit Colchial; sie wurde bald darauf in leblosem Zustande aufgefunden und nach dem Reinickdorfer Krankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos daniederliegt.

Der Gesangsverein „Freier Männerchor Wilhelmshagen“ (R. d. D. A. S. V.) veranstaltet am 1. Pfingsttage im Lokal von Gustav Wilbrodt ein Konzert unter Mitwirkung der Kapelle des Herrn Wehring. Für die Kinder finden Befestigungen aller Art statt. Da der Gesangsverein sich stets bereit erklärt hat, bei Parteiveranstaltungen mitzuwirken, ist ein reger Besuch der organisierten Arbeiterschaft erwünscht. Eintritt 25 Pf.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Hauptstraße 38/40 II.
Spandau. Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.
Königsberg. Donnerstag, den 28. Mai, abends 7 Uhr, im Gemeindevertretungssaal, Adolphstr. 25.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Altmarkische Intelligenz.

Ein Stendaler Blättchen, das sich stolz „Altmarkische Intelligenz- und Belehler“ nennt, liest seinen Lesern in seiner Nummer vom 27. Mai folgende rührende Geschichte aus dem Wahlkampf in Stendal-Dierburg auf:

„Leider hat der Wahlkampf ein Menschenleben gefordert. Als eine alte Freundin der konservativen Sache, die 78 Jahre alte Frau Oppermann, Feinrichtstraße 9, am Vormittag bei uns anfragte, wie es stünde, und wir ihr sagten, daß die Sozialdemokratie anheimelnd reiflos für Wachhorst de Wente eintrete, regte sie sich so stark auf, daß sie, zu Hause angekommen, einem Herzschlag erlag.“

Wieder ein Opfer des Terrorismus der Sozialdemokratie. Die alte Freundin der konservativen Sache ist durch das rührende Vorgehen der sozialdemokratischen Wähler direkt hingemordet worden. Ein neuer Beweis, wie notwendig im Interesse der Erhaltung der bestehenden bewährten Zustände es ist, den sozialdemokratischen Wählern das Stimmrecht zu nehmen oder es wenigstens dahingehend einzuschränken, daß sozialdemokratische Stimmen von vornherein dem konservativen Kandidaten zugerechnet werden.

Unwetter in Frankreich.

Ein heftiger Nordweststurm, begleitet von Schneefällen und starken Regengüssen, wütet seit vorgestern nachmittag in ganz Südfrankreich, besonders an den Küsten des Mittelmeeres. Eine ganze Anzahl von Schiffsunfällen wird gemeldet. In der Nähe des Hafens von Marseille scheiterte ein Fischdampfer. Drei von der zwölf Mann starken Besatzung ertranken. Mehr als 50 Fischerboote sind an verschiedenen Stellen der Küste gestrandet und eine ganze Anzahl Menschenleben dürfte dabei den Tod gefunden haben. Ein Gewitter von furchtbarer Gewalt ist über Nizza niedergegangen. Die berühmte Promenade von Nizza wurde vollständig von den Wellen überspült und schwer beschädigt. An verschiedenen Stellen Südfrankreich sank die Temperatur auf 4 Grad. Man hegt lebhafteste Besorgungen für den Ausfall der Ernte. Die höher gelegenen Departements liegen fast gänzlich unter Schnee.

Der Teufel und die Kuh.

Daß der leidbaltige Teufel am helllichten Tage in eine Kuh schlüpft, wenn man ihn mit Knütteln verfolgt, das wollen unsere aufgeregten Zeitgenossen nicht mehr glauben, weil sie überhaupt nicht mehr den rechten Glauben haben. Aber wenn sie mal nach Vommern kommen, da wo Gottesfurcht und fromme Sitte noch am besten gedeihen, in dem hinterpommerschen Dörfchen Gießig bei Labes, dann kann ihnen der Kolonist Rehls erzählen, was ihm und seiner Kuh in diesem Frühjahr passiert ist, und er wird Stein und Bein darauf schwören, daß alles ganz und wahrhaftig wahr ist. Eines Tages hat seine Frau laut aufgeschrien, so laut, daß erschrecken haben hereinkommen sehen, daß habe sich in der Stube unter die Wiege gesetzt und sei immer größer und größer geworden. Wie aber die Frau geschrien hat, ist das etwas schnell in den Keller gelaufen. Nun ist aber Rehls mit seinen beiden müttigen Söhnen Knüttelbewaffnet in den Keller eingedrungen und haben gerade noch sehen können, wie das geheimnisvolle Wesen durch das Kellerfenster entkiffelte. Das konnte nur der Teufel gewesen sein, denn von Stund an war die Kuh verheert und gab keine Milch mehr. Die blieb innen, denn die trank der Teufel, der in die Kuh gefahren war. Für den Kolonisten Rehls war das eine böse Sache, denn der kluge Mann

aus Schibelbein, an den er sich in seiner Kuh zuerst wandte, soll zwar 500 Mark gelöst haben, aber gegen den Teufel vermochte auch er nichts auszurichten. Da riet man dem Rehls, er solle es noch einmal mit dem Hegenmeister H. aus Labes versuchen. Gesagt, getan. Der besichtigte auch die Kuh, schüttelte bedenklich das weiße Haupt und erklärte, daß die Kuh verheert sei und zwar höchst wahrscheinlich von den Nachbarn. Zu helfen sei da aber nicht. Darauf erhielt der Hegenmeister die kranke Kuh und eine Kuhre Karloffeln geschenkt und zog damit vergnügt von dannen. Rehls aber lebt seitdem mit seinen Nachbarn in bitterster Feindschaft.

Kleine Notizen.

Abd. Gläubiger! Der Inhaber der Rauchwaren-Kommissionsfirma Simon Ebenstein in Leipzig ist unter Hinterlassung einer Schuldenlast von etwa hunderttausend Mark seit Montag kündigt. Seine Frau ist am Dienstag früh ebenfalls abgereist. Es wird vermutet, daß sich beide nach Holland begeben haben. Ebenstein, der erst kürzlich wegen Hehlerei zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war, soll umfangreiche Wechselgeschäften begangen haben.

Unfall eines Freiballons. Am Mittwochmittag ging sechs Kilometer von Vansin ein anscheinend bemannter Freiballon auf See nieder. Der Kommandant ist auf die See hinausgefahren, um näheres zu ermitteln.

Eisenbahnunglück auf Neu-Seeland. Ein Expresszug aus Wellington, der mit voller Geschwindigkeit fuhr, ist vierzig Meilen von Auckland mit einem Güterzug zusammengestoßen. Zwei Passagiere wurden getötet und sieben verletzt.

Der Schmiergelberprozess in London. In dem Bestechungsprozess im Zusammenhang mit Armeelieferungen wurden am Mittwoch neben Zivilisten zu Geldstrafen von fünfzig bis fünfhundert Pfund Sterling verurteilt. Ueber acht Offiziere, die aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangen sind, verhängte das Gericht einstweilen keine Strafe, verpflichtete sie dagegen, bei einer Strafe von fünfzig Pfund Sterling, einer etwaigen Ladung vor Gericht zu folgen und das Urteil entgegenzunehmen. — Ein Angeklagter, der frühere Oberst Whittaker, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Bergmannsloß. Auf Reche „Bollmond“ wurden zwei Bergleute unter herbeidringende Geweißmassen begraben. Der Bergmann Kraß konnte nur als Leiche geborgen werden, sein Kamerad wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Frauen-Leseabende.

Schöneberg. Freitag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Ende Sachsenbaum 42. Vortrag der Genossin Böhm: „Warum sind wir Sozialdemokraten.“

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Baumtschulenweg. Sonntag, den 31. Mai, Pfingstpartei, Ausflugsfahrt nach Potsdam, Pichler, Pankow. — Tagesfahrt nach Schandberg, Tietzler. Fahrgeld 1,00 M. Treffpunkt Schleißer Bahnhof 8 1/2 Uhr. Fahrer Kay.

Landwin. Zweitägige Pfingsttour: Wanderung durch Westfalen. Reuthe, Storgard, Neubrandenburg. Abfahrt Sonnabend abends 10 1/2 vom Steintor Bahnhof. Treffpunkt in Landwin 1/2 Uhr an der Kirche. Fahrer Wilhelm-Estrage, Ecke Viktorienstraße. Kosten (Fahrgeld und Logis) für Jugendliche 3,75 M., für Erwachsene 6 M. Für Kochproviand um bei jeder zu sorgen; Kocher stehen zur Verfügung.

Wilmshof. den 3. Juni, abends 7 Uhr: Spiele auf dem Felde hinter der Poststraße.

Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr: Spiele. Abends 8 Uhr: Unterhaltung bei Schulz, Kurfürstent. 37.

Briefkasten der Redaktion.

N. 8. Die Belagerung ist zulässig. — **N. 2.** 20 bis 30 M., außer dem 1,50 M. für jeden Wochenbesuch. — **N. 5.** Die Abkündigung ist unzulässig, sofern Sie Deutscher sind. Die Unzulässigkeit muß Ihnen auch im Ausland weiter-gedehnt werden. Sie müssen jedoch Ihren Aufenthalt bei der Dienstgenossenschaft bekannt geben und den etwaigen Beschränkungen wegen der ärztlichen Untersuchung dem. Meldung beim Konsulat folgen lassen. — **N. 38.** 1. Kein. 2. Die Kündigung in der Form könnte zu einem Strafverfahren führen. — **N. 85.** 1. und 2. Zwei Referate und eine Landwehrtreibung. 3. Kein. Das ist schon demwegen unzulässig, weil eine Meldung der Mitglieder nicht erfolgt. 4. Eigne nähere Sachdarstellung nicht zu beantragen. — **N. 3.** Berlin. Ihre Frau soll bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung stellen. — **N. 26.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie mit dem Urteil in die Sprechstunde. — **N. 43.** 1. In solchen Fällen wird in der Regel die Scheidung verweigert. 2. In 10 Jahren. — **N. 6.** 27. Sie sind schadenlospflichtig in der Höhe des Wertes des Schadens, falls die Dame sich mit einer Reparatur nicht zufrieden gibt. Sie können nach Erhaltung des Wertes die Herausgabe des Schadens verlangen. — **N. 2.** 100. 1. und 2. Ja. — **Proletarier Süd-Ost.** 1. Obja 30 M. monatlich. 2. Nein, sofern die Tochter auch kein Vermögen haben. — **N. 2.** Berlin. 1. und 2. Ja. 3. Nein.

Wartpreis von Berlin am 26. Mai 1914. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitrd), Natal 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00, Weizen (runber), gute Sorte 15,40—15,70, Roggen 0,00, Weizen 7,00—8,20.

Marktblauenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 40,00—45,00. Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—2,80. 60 Stück Eier 3,20—3,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,20. Sale 1,60—3,00. Fander 1,60—3,40. Pechle 1,40—2,80. Barische 1,00—2,20. Schale 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,00. 80 Stück Kresse 3,00—4,50.

Witterungsübersicht vom 27. Mai 1914.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temperatur in Grad C
Swinemünde	759,9	4bedekt	10	10	Saporanda	761,8	3bedekt	10	10
Danzburg	761,9	3bedekt	10	10	Petersburg	761,8	1bedekt	10	10
Berlin	758,8	4bedekt	10	10	Schla	768,8	2bedekt	11	11
Frankfurt	758,8	2Regen	9	9	Aberdeen	769,8	3bedekt	7	7
München	757,8	3bedekt	8	8	Paris	762,8	3Regen	9	9
Wien	758,8	3bedekt	18	18					

Wetterprognose für Donnerstag, den 28. Mai 1914.

Ein wenig wärmer, veränderlich, vorwiegend heiter mit geringeren Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Teillich der Ober noch größtenteils trübe. Anfangs etwas kühler und vielfach harte Regenschauer. Am Weiter langsame Erwärmung und zeitweilige Aufhellung des Wetters. Dazwischen nur noch geringe Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	26. 5.	25. 5.		26. 5.	25. 5.
	cm	cm		cm	cm
Remet, Luth	144	-4	Saale, Großhly	86	+4
Bregel, Jüterburg	-18	-2	Gabel, Spandau	44	+6
Wegeler, Bzorn	179	-1	Gabel, Rathenow	14	+10
Oder, Karib	98	-1	Spree, Eppenberg	83	+3
Kroft	95	-5	Bestam	80	+3
Frankfurt	101	+1	Beber, Müden	228	+3
Waltde, Schrimm	6	+4	Müden	218	+2
Landberg	11	-4	Whein, Warmianskau	—	+1
Rebe, Vordamm	1	-6	Reub	389	+1
Gibe, Zeitmerg	—	—	Röin	276	-3
Freden	-120	+6	Redar, Dreibrom	253	+10
Sarby	112	-11	Rain, Danau	168	+19
Magdeburg	118	-10	Wofel, Trier	—	—

+) + bedeutet Anst., — Zoll. — *) Unterpegel.

Scharfmacherversammlung im Herrenhause.

11. Sitzung. Mittwoch, den 27. Mai 1914.
Am Ministertisch: Dr. Lenzke und v. Loebell.

Der Etat.

Herr v. Nitzsch:

Wir müssen lebhaftest Beschwerde über die Verzögerung der Etatsfertigstellung führen. Die jetzigen Zustände entsprechen weder der Verfassung noch der Würde des Hauses. Die Regierung muß dafür sorgen, daß Besetzung eintritt. Wir bedauern, daß die Regierung gegenüber den Eingriffen des Reiches in die preussische Finanzhoheit nicht fest geblieben ist. Wir erkennen es aber dankbar an, daß es der Reichsregierung gelungen ist, den Frieden zu wahren und den Dreibund zu befestigen. Wir danken dem Kriegsminister, daß er kein Titelchen von der Kommandogewalt des Kaisers abhandeln läßt. (Beifall.) Die Monarchie ist unser höchstes Ideal, an der wir mit Treue festhalten. Den neuen Minister des Innern bitten wir, den

Kampf gegen die Sozialdemokratie

energisch zu führen. Wir danken ihm, daß er die Unterstellung, er sei ein Minister der Wablreife, zurückgewiesen hat. Die Frage der Wahlreform muß aus der aktiven Politik ausgeschlossen werden. Wir wünschen, daß unsere bewährte Wirtschaftspolitik aufrechterhalten wird. Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unsere Monarchie zu stärken. Hier wird das Herrenhaus nie versagen. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Lenzke:

Ich habe schon im Abgeordnetenhaus erklärt, daß ich eine neue Steuernovelle nicht einbringen werde und wiederhole das hier. Die Steuerzuschläge können wir nicht entbehren, solange kein Erlös dafür vorhanden ist. Eine gesetzliche Regelung der Abgrenzung zwischen den Eisenbahn- und den allgemeinen Finanzen läge wohl im Interesse der Finanzverwaltung, aber es sprechen doch erhebliche Bedenken dagegen. Es ist doch nicht ausgeschlossen, daß der Ausgleichsfonds einmal leer ist. Da wäre dann eine gesetzliche Bindung außerordentlich schädlich. Es wäre deshalb wünschenswert, daß das Herrenhaus auf eine solche gesetzliche Bindung nicht hindrängt.

Herzog zu Trachenberg:

An unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem müssen wir festhalten, wenn sich auch über einzelne Positionen des Zolltarifs reden läßt. Die oberste Industrie sieht mit Besorgnis auf die bevorstehende Eröffnung des Sietziner Großschiffbauwerkes; die Frucht für englische Kohle nach Berlin wird dadurch noch mehr verbilligt werden. Wir müssen daher darauf dringen, daß Oberkasselen die in Aussicht gestellten Kompensationen erhält, und zwar auf dem Wege der Eisenbahntarife. Unser Etat ist glänzend, aber drohend erhebt sich das Gespenst der Vermögenswachststeuer, das die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten bedroht. Ich bedaure, daß der Finanzminister nicht dagegen aufgetreten ist, und daß auch der Bundesrat so passiv bleibt. Sehr zu bedauern ist es, daß demokratische Strömungen sich geltend machen und daß bürgerliche Parteien sich immer mehr taktisch mit der Sozialdemokratie verbinden. Die Zeiten sind vorbei, wo Eugen Richter ein Buch gegen die Sozialdemokratie schrieb. Die Ablehnung der Erb- und Schenkungssteuer hat verhängnisvoll gewirkt. (Hört! hört!) Die bürgerlichen Parteien hätten die Pflicht, gemeinsam die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die Hüter unseres Staatsschatzes müßten ihr Ziel nicht in Blutschmäherei und Debaucherie sehen, sondern in einer gerechten und möglichst wenig drückenden Verteilung unserer Steuern.

Minister des Innern v. Loebell:

Erwarten Sie von mir kein Programm. Programme haben erst Wert, wenn sie ausgeführt werden, nicht bei der Ankündigung. Ich werde mein Amt so führen, wie ich es vor meinem königlichen Herrn, mir selbst und dem Lande verantworten kann. Von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Sozialpolitik bin ich überzeugt, aber die Kosten sind doch jetzt so hoch geworden, daß sie vielleicht an die Grenze der Leistungsfähigkeit heranreichen. Vor allen Dingen wird es notwendig sein, eine Sozialpolitik zu treiben für den Mittelstand, der vielfach unter viel schwierigeren Bedingungen seine Existenz findet, wie der Arbeiterstand. Ich werde mich nach Möglichkeit des Mittelstandes annehmen. Der Nordmarkpolitik werde ich meine größte Aufmerksamkeit widmen. Wir können es nicht verhindern, daß die Dänenfahrer in Nordschleswig über die Grenze gehen, um sich mit ihren Gefinnungsgenossen dort zu begegnen. Wir müssen es auch hinnehmen, daß von der dortigen bedröhten Bevölkerung Massenauflüge nach Dänemark unternommen und dort Verbrüderungsfeiern gefeiert werden. Aber wir haben das Recht und die Pflicht, das Handrecht in eigenen Lande zu wahren, und werden dies mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln tun. Ausländische Agitatoren werden in der Nordmark nicht geduldet werden. Ich stimme durchaus mit der Politik überein, die meine beiden Amtsvorgänger in der Nordmark befolgt haben. Nach wie vor wird es Aufgabe der Regierung sein, der dänischen Agitation entgegenzutreten und den Deutschen in Nordschleswig reiche Mittel zu kulturellen und wirtschaftlichen Zwecken zu geben, wo es immer noch tut. (Bravo!)

Ich bin aufgefordert worden, den

Kampf gegen die Sozialdemokratie

aufzunehmen und mir den Schutz der Arbeitswilligen anzuvertrauen zu lassen. Ein verschärfter Schutz der Arbeitswilligen, das hat erst im Dezember der Reichsanwalt ausgeführt, ist eine Notwendigkeit. Aber gerade die Feststellung des Begriffs „Terrorismus“ würde die größten Schwierigkeiten bereiten. Das ist es um so mehr unsere Pflicht, die bestehenden Gesetze unmissverständlich zur Anwendung zu bringen und in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß bei Ausbruch von Streiks genügend Polizeikräfte vorhanden sind. Deshalb wurde auch bereits in den großen Industriebezirken, z. B. in Elben, die kommunale Polizei in eine königliche umgewandelt. Unsere Maßregeln haben sich bei den großen Streiks im Aufrechterhalten bewährt.

Der Sitz und der Kern des Übels ist aber nicht in den Ausschreitungen bei Streiks zu suchen, sondern in der fortgesetzten Agitation, die in den Arbeitsstätten von den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern ausgeht. Dort muß vor allen Dingen von den Arbeitgebern darauf gehalten werden, daß der Terrorismus verhütet und ein wirksamer Schutz für die Arbeiter geschaffen wird. Je mehr die Gefahr der Sozialdemokratie wächst, um so mehr ist es Pflicht, daß sich alle Kreise der bürgerlichen Gesellschaft zusammenschließen, um den Kampf aufzunehmen. Dieser Kampf kann nicht nur geführt werden vom Staate, nicht allein durch Gesetze und durch die Polizei, sondern er muß getragen werden von dem Willen aller Kreise, die in unserem Staatswesen, unserer Monarchie und unserer Religion die höchsten Güter sehen. In diesem Kampfe werden wir siegen, weil unsere Sache gerecht, unsere Waffen rein und scharf sind und weil wir für Ideale kämpfen, die noch immer unserem Volke zum Siege verhelfen haben. (Lebhafter Beifall.)

Graf v. Mirbach:

Selbst in den Theatern, die unter königlicher Aufsicht stehen, werden Stücke gegeben, die eine Verhöhnung von Sitte und Anstand sind. Ich bitte den Minister, hier mit besserer Hand einzugreifen. — Die heutige Lage Deutschlands ist noch immer sehr bedrohlich; neue Bündnisse tun uns not. Es wäre besser um uns bestellt, wenn wir einen Mann von internationaler Bedeutung wie Bismarck hätten. Der Sozialdemokratie muß energisch entgegengetreten werden, sonst kommt sie der Erfüllung ihres Programms immer näher. Unsere sozialpolitischen und steuerlichen Gesetze bedürfen der Revision, namentlich muß die Vermögenswachststeuer beseitigt werden. An ihre Stelle muß eine zweckmäßige Reform der Patrimonialbeiträge treten. (Beifall.)

Dr. Graf v. Zieten-Schwerin:

Die nicht rechtzeitige Fertigstellung des Etats ist leider schon zu einer chronischen Krankheit geworden. Wir, im Herrenhause, befinden uns in einer gewissen Not, denn wir haben einen Eid auf die Verfassung geleistet, die bestimmt, daß der Etat zum 1. April fertiggestellt werden muß.

In der weiteren Debatte tritt Direktor v. Swinner dafür ein, daß der Ausgleichsfonds nicht zu sehr angegriffen werde und wünscht eine stärkere Schuldenbegrenzung. Finanzminister Dr. Lenzke wendet sich gegen diese Ausführungen.

Freiherr v. Bissing:

Ich hoffe, daß die bürgerlichen Parteien weit abräken werden von der Sozialdemokratie, seitdem diese Partei dem Kaiser die gebührende Achtung im Reichstag verweigert hat. Die Sozialdemokratie hat dort nicht mit dem Kopfe demonstriert, sondern mit dem Geheiß. (Heiterkeit.)

Es ist eine Schande für das deutsche Volk, solche Vertreter im Reichstage zu haben.

Am gefährlichsten ist die sozialdemokratische Jugendpresse. Man begreift nicht, wie solche Blätter im Genusse der Pressefreiheit sein dürfen. Die Verbreitung dieser Blätter, namentlich auf dem Lande, mußte verhindert werden.

Herr v. Buch:

Die Grundursache der späten Erledigung des Etats liegt in der bedenklichen Entwicklung unseres Parlamentarismus. Die Parlamente werden gemißbraucht, um Wahlreden zum Fenster hinaus zu halten. Das Abgeordnetenhaus mußte sich eine siebenstündige Rede Adolph Hoffmanns gefallen lassen. Wenn es dagegen kein Mittel gibt, dann ist der Parlamentarismus überhaupt nicht mehr lebensfähig. Mit allen Mitteln verliert man, auf uns hier einzuwirken. Wir wurden in der Debatte über Deamentenfragen sogar Prügel angedroht. (Heiterkeit.) Bis jetzt habe ich sie zwar noch nicht bekommen, aber es ist doch bezeichnend für unsere Zustände, daß so etwas passieren kann. Die Parteien sollten dafür sorgen, daß der Etat rechtzeitig fertiggestellt wird, selbst wenn der einzelne seine Reden hinunterzulesen muß. (Beifall.)

Freiherr v. Rheinbaben:

Ich will wieder über die Finanzfrage sprechen, denn ein altes Kavalleriepfand reitet gern die Atade mit, wenn das Signal ertönt. (Heiterkeit.) Als Kaiserlicher Zeuge kann ich bestätigen, daß die Steuerzuschläge immer dauernd gedacht waren, da sie doch bestimmt waren, um dauernde Ausgaben zu decken. Provisorisch sollte nur ihre Form sein. Eine einmal eingeführte Steuer wirkt auch nicht so peinlich wie eine neue. Die Steuerzuschläge mögen schon deshalb erhalten bleiben, weil uns große Mehrausgaben bevorstehen, z. B. für den Ausgleich der Schulden. Für die Förderung der Jugendpflege sollte mehr geschehen. Wenn wir unsere Jugend vor der Sozialdemokratie schützen wollen, so müssen wir früh anfangen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung.

Bei der Beratung des Etats für Handel und Gewerbe kommt es zu einer neuen Scharfmacherei.

Graf v. Hoesbroech:

Die wirtschaftsfriedlichen Verbände müssen im Gegensatz zu den Kampferbänden, wie sie auch die christlichen Gewerkschaften darstellen, vom Staat besser unterstützt werden.

Handelsminister Dr. Sydow:

Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung ist eine natürliche Entwicklung gegen die Auswüchse der Gewerkschaftsbewegung und ein Schutz gegen den von den Sozialdemokraten ausgeübten Koalitionswang. Die nationalen Vereine sollten sich nicht bekämpfen, sondern sich gemeinsam gegen die Sozialdemokratie wenden.

Nach Erledigung kleinerer Etats wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederrhein.
Beitrag Reinickendorfer-Str.
Am 21. Mai verunglückte tödlich bei der Arbeit unser Genosse, der Kupferschmied
Franz Dudschuß
Wanloer Allee 35.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt. 241/5
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 26. Mai, mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Groß- und Schwiegervater, Schwager und Onkel, der frühere Kupfer
Albert Schadow
im Alter von 55 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 119/4
Dies zeigen tiefbetrübt an
Emilie Schadow Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Südwest-Friedhofes, Stahndorf, aus statt. — Abfahrt 1.54 Uhr nachm. Bahnhof Charlottenburg.
Dankfagung.
Allen Kollegen, Genossen und Bekannten für die aufrichtige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Marie Schultz
geb. Zech. 139/4

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifach-Schaffner
Wilhelm Kuske
von der Firma Lemmer, Schaffnerstraße, am Montag, den 25. d. M., im Alter von 46 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Evangelischen-Gemeinde in der Varulstraße aus statt.

Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Johann Schmolke
am 20. d. Mts. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kochmeister
Hans Böhme
Rischallersplatz 8, am 25. Mai an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
119/9 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifach-Schaffner
Hans Böhme
Rischallersplatz 8, am 25. Mai an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
119/9 Die Ortsverwaltung.

Am 25. Mai verstarb nach langen schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Wirtin **Martha Worbs** geb. Lemberg im Alter von 49 Jahren. Die trauernden Hinterbliebenen. **Max Worbs** und Söhne. Die Einäscherung findet am Freitag, den 29. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen
Worbs, Martha geb. Lemberg,
Ebdener Str. 6, Bezirk 1, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 29. Mai, nachmittags 5 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtstraße 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme sowie die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Helene Thomas
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitgliedern des Arbeiter-Kadaverbundes „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, und der Lehrerin nebst Schülerinnen der 5. O-Klasse, Waldenser Str. 33, unseren herzlichsten Dank. 123/4
Albert Thomas, Söhne u. Töchter.

Für die herzliche Teilnahme sowie die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes **Karl** und meines lieben Mannes
Karl Pöschel
lage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Bahnbereim des 4. Kreises, dem Verband der Gastwirte, Bezirk 4, den Lagerhaltern, den Mietern des Hauses Grauburger Straße 10, dem Theaterverein „Lustig und Hebel“ und dem Genossen Kelle für seine trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank. 133/4
Witwe Pauline Pöschel
geb. Kühnel.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Zentrale Berlin.
Am 21. Mai verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 61 Jahren unser langjähriger Mitglied, der Kollege
Franz Dutschuß
an den Folgen eines Betriebsunfalles.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Reinickendorfer Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Filialvorstand.
Strahlenbahn Nr. 25.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Am Dienstag früh verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater **Johannes Kunz** im 47. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an **Elisabeth Kunz** geb. Peters und Söhne. Dunderstraße 83. Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 29. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Dammstraße-Friedhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes **Karl** und meines lieben Mannes
Karl Pöschel
lage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Bahnbereim des 4. Kreises, dem Verband der Gastwirte, Bezirk 4, den Lagerhaltern, den Mietern des Hauses Grauburger Straße 10, dem Theaterverein „Lustig und Hebel“ und dem Genossen Kelle für seine trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank. 133/4
Witwe Pauline Pöschel
geb. Kühnel.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Gustav Lahmann
lage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Familie Janisch
geb. Lahmann.
Frankfurt a. Oder.

Bau- und Erwerbsgenossenschaft „Vorwärts“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Nachtrag.
Die Zahl der Genossen am 31. Dezember 1913 betrug 194. 223/6
Der Vorstand.

Schuten

Damenhüte, schwarz, weiß, Champagne, 1.40 an. **Migge, Schönhauser Allee 146 a.**
Alle Hüte w. z. Schuten gepreht. 223/6

Spezialarzt

1. Sant. Garm. Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraute jeder Art, Ehrlich Gata - Auren in u. Co. fong. Laborat. i Blut-untersuchung. Fäden i. Garm uhm. gegenüber **Dr. Homeyer, Friedrichstr. 81,** Panoptikum Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfus, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berührung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Radfahrertarten

Wanderkarten
hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Coblen)

